

# **Aufeinander achtgeben, die Zukunft im Blick**

**Koalitionsvertrag 2021 – 2025**

**VVD, D66, CDA, und ChristenUnie**

**15. Dezember 2021**

*Wir stellen hier unsere ehrgeizigen Zukunftspläne vor. Wir tun dies zu einem Zeitpunkt, da sich die Niederlande erneut in einer ernsten Phase der Coronapandemie befinden. Für sehr viele Niederländer war die zurückliegende Zeit nicht leicht, und das Ende der Krise ist leider noch nicht in Sicht. Wie ein Brennglas schärft Corona unseren Blick für unsere gemeinsame Verantwortung und unsere gemeinsamen Ziele.*

*In diesem Koalitionsvertrag finden Sie unsere Pläne für die Amtszeit der künftigen Regierung. Dabei geht es unter anderem um die Bekämpfung des Klimawandels, die Bewältigung der Stickstoffkrise, den Bau neuer, bezahlbarer Wohnungen, die Verbesserungen im Gesundheitswesen, umfangreiche Investitionen in unsere Sicherheit und den Kampf gegen gesellschaftszeretzende Kriminalität, die Vergrößerung der Chancengleichheit und die Bekämpfung von Diskriminierung, die Verbesserung der Existenzsicherheit durch die Beseitigung von Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt und Maßnahmen gegen Armut und Verschuldung, gezielte Steuersenkungen und Investitionen in unseren künftigen Wohlstand durch Bildung und Innovation und gute Rahmenbedingungen für Unternehmer und Unternehmen.*

*Wir haben auch den Ehrgeiz, den Staat selbst besser zu machen. Das beginnt bei einer besseren und zügigeren Entschädigung der Betroffenen im Zusammenhang mit der Affäre um die Kinderbetreuungsbeihilfe und baulichen Schäden infolge der Erdgasförderung in der Provinz Groningen. Der starke Staat, der uns vorschwebt, hat einen Blick für die menschliche Dimension, kommuniziert verständlich, ist für die Bürger zugänglich und ihnen gegenüber rechenschaftspflichtig und stellt so das Vertrauen wieder her. Darum stärken wir die mit dem Gesetzesvollzug beauftragten öffentlichen Stellen.*

*Die Pläne, die wir als Koalitionsparteien verfolgen, lassen sich nicht in einer Legislaturperiode verwirklichen und sind auf breite gesellschaftliche Unterstützung angewiesen. Deshalb wollen wir mit den nachgeordneten Gebietskörperschaften, den Sozialpartnern und den Durchführungsstellen zusammenarbeiten. Zudem verlangen die vor uns liegenden Aufgaben oft ein europäisches oder sogar globales Vorgehen. Daher werden die Niederlande eine Vorreiterrolle für eine und innerhalb einer starken und handlungsfähigen Europäischen Union spielen.*

*Wenn wir als Politiker über die Gesellschaft reden, müssen wir auch kritisch auf uns selbst schauen. Zu einer neuen Kultur staatlichen Handelns gehört auch eine andere politische Kultur. Eine Politik, die Unterschiede überbrückt, statt sie hervorzuheben. Wir werden deshalb die Zusammenarbeit mit konstruktiven Parteien im Abgeordnetenhaus suchen. Natürlich gehören dazu auch harte inhaltliche Debatten. Sie sind in Ordnung, solange sie respektvoll geführt werden. Wir wenden uns ab von Rhetorik, die darauf abzielt, Personen zu beschädigen, und werden gegen verletzenden und drohenden Sprachgebrauch Stellung beziehen.*

*Überdies ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Volksvertreter, sowohl der Oppositions- als auch der Koalitionsparteien, ihrer Kontrollfunktion und ihrer gesetzgeberischen Rolle gerecht werden können. Die Stärkung der demokratischen Rechtsordnung, des Fundaments unserer Gesellschaft, verdient die gezielte Aufmerksamkeit und das gemeinsame Engagement von Regierung und Parlament.*

*Wir wollen uns auf konkrete Verbesserungen im Leben der Menschen konzentrieren. Die Bürger wollen einen verlässlichen Staat, der seine Aufgaben erfüllt. Einen Rahmen, in dem sie gemeinsam mit Familie, Freunden, Kollegen oder ehrenamtlichen Mitstreitern im Nachbarschaftsverein ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten können. In einer solchen Gesellschaft versetzt der Staat die Menschen in die Lage, gemeinsam anzupacken.*

*Kurzum, wir wollen ein nachhaltig prosperierendes Land für heutige und künftige Generationen, in dem sich alle Einwohner nach besten Kräften einbringen können. Mit dem Fundament der Existenzsicherheit für alle und der Perspektive auf Fortschritte im Leben und Zusammenleben der Menschen.*

# Inhalt

<b>1. Demokratische Rechtsordnung</b>	<b>4</b>
<i>Stärkung der demokratischen Rechtsordnung</i>	4
<i>Medien</i>	7
<i>Eine bessere Zukunft für das gesamte Königreich</i>	8
<b>2. Ein nachhaltiges Land</b>	<b>10</b>
<i>Klima und Energie</i>	10
<i>Landwirtschaft, Natur und Stickstoff</i>	15
<i>Wohnungswesen und Raumordnung</i>	18
<i>Verkehrsinfrastruktur</i>	20
<b>3. Sicherheit und starke Gesellschaft</b>	<b>22</b>
<b>4. Existenzsicherheit und Chancengleichheit</b>	<b>26</b>
<i>Bildung und Entwicklung</i>	26
<i>Arbeitsmarkt und Einkommen</i>	30
<i>Eine Gesellschaft, in der alle sie selbst sein können</i>	33
<i>Teilhabe und Integration</i>	34
<b>5. Ein prosperierendes Land</b>	<b>36</b>
<i>Unternehmerische Initiative, Innovation und fairer Wettbewerb</i>	36
<i>Kultur und Kreativwirtschaft</i>	37
<i>Digitalisierung</i>	38
<b>6. Gesundheit</b>	<b>40</b>
<i>Gesundheitsversorgung</i>	40
<i>Medizinethische Fragen</i>	43
<b>7. Internationales</b>	<b>46</b>
<i>Außenpolitik</i>	46
<i>Migration</i>	49
<b>Anlage: Finanzen</b>	<b>53</b>

# 1. Demokratische Rechtsordnung

## Stärkung der demokratischen Rechtsordnung

*Die demokratische Rechtsordnung ist das Fundament unserer Gesellschaft. Dieses Fundament hat Risse bekommen. Wir wollen das Vertrauen zwischen Bürgern und Staat wiederherstellen. Das wird nur dann gelingen, wenn der Staat verlässlich ist, Vertrauen zu den Bürgern hat und die menschliche Dimension im Blick behält. Wir wollen uns einsetzen für einen Staat, der transparent handelt, zugänglich ist und verständlich kommuniziert. Auch wollen wir die Strukturen unserer demokratischen Institutionen und die dort herrschende Kultur stärken. So wollen wir die unabhängige Beaufsichtigung und demokratische Kontrolle der Exekutive verstärken, den Zugang zum Recht verbessern und den Einfluss der Bürger auf die Politik vergrößern.*

### Verhältnis Bürger/Staat

- Wir arbeiten an einer **verlässlichen, dienstleistungsorientierten, ortsnahe und gerechten öffentlichen Verwaltung**. Wir wollen, dass die Menschen jederzeit persönlich mit den Behörden in Kontakt kommen können, zum Beispiel bei einem Bürgerschalter als erster Anlaufstelle, und dass in diesem Rahmen so weit wie möglich auch weiterhin grundlegende Dienstleistungen angeboten werden. Die Regierung setzt das **Programm »Werken aan Uitvoering« (Für eine bessere Durchführung)** weiter um. Dabei arbeitet sie intensiv mit den Gemeinden als erster Verwaltungsebene zusammen.
- Wir prüfen **Gesetze auf Einfachheit, menschliche Dimension und Vollzug** und nehmen wenn nötig Verbesserungen vor. Es geht nicht an, dass Menschen, denen ein Fehler unterlaufen ist, sofort als Betrüger abgestempelt werden. Beim Vollzug der Rechtsvorschriften muss es Spielräume für Abweichungen geben, wenn die Konsequenzen für die Betroffenen zu unverhältnismäßigen Härten führen würden. Wo dies möglich ist, wird der Ermessensspielraum der Entscheider vergrößert. Zu diesem Zweck nehmen wir **Härteklauseln** in die Gesetze auf.
- Im Einklang mit dem Bericht des Nichtständigen Ausschusses betreffend Durchführungsorganisationen (Tijdelijke Commissie Uitvoeringsorganisaties/TCU; Parlamentsdrucksache 35387, Nr. 3) **widmen künftig die zuständigen Stellen selbst der Prüfung der Durchführungsaspekte mehr Aufmerksamkeit**, werden die Möglichkeiten von Systemen und IT genauer ergründet, werden Initiativen aus der Mitte des Abgeordnetenhauses auf ihre Umsetzbarkeit geprüft, wird eine Einschätzung zu der Frage vorgenommen, inwieweit die Bürger überhaupt in der Lage sind, die Vorgaben der jeweiligen Neuregelung zu erfüllen, und wird möglicherweise ein Generationencheck eingeführt. Vor der Einbringung großer Gesetzesvorlagen **werden die Grundzüge des Vorhabens in einem Schreiben dargelegt**. Die Auswirkungen von Neuregelungen auf die Durchführung werden nach einem Jahr evaluiert.
- Wir erweitern den Zugang zum Recht für Bürger und kleine und mittlere Unternehmen, indem wir die **Gerichtsgebühren** senken. Außerdem stärken wir die Rechtsberatung und -vertretung für Menschen mit geringem Einkommen.
- Es wird eine niedrigschwellige unabhängige **Rechtsberatung in Steuerfragen** nach dem Vorbild des amerikanischen »Taxpayer Advocate Service« eingeführt.
- Wir fördern Optionen für **Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen** auf lokaler Ebene, beispielsweise in Form eines »Right to Challenge«, das den Bürgern Möglichkeiten eröffnet, eigenverantwortlich und unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel Aufgaben von ihrer Gemeinde zu übernehmen.

### *Stärkung der demokratischen Institutionen*

- Wir wollen eine **klarere Trennung zwischen Parlament und Regierung**. Wir wollen die Kontrollfunktion und die gesetzgeberische Rolle des Parlaments stärken. Wir wollen konstruktiv mit Parteien zusammenarbeiten, die Verantwortung übernehmen wollen, und werden diese Zusammenarbeit aktiv suchen. In den Debatten gehen wir offen und respektvoll miteinander um.
- Wir **stärken die Position des Abgeordnetenhauses**, indem wir ergänzend zu den genehmigten Mittelaufstockungen aufgrund des Antrags des Abgeordneten Jetten (Parlamentsdrucksache 35300, Nr. 19) die strukturelle Finanzierung unter anderem der Direktion, des Wissenschaftlichen Dienstes und der Gesetzgebungsabteilung verstärken.
- Wir fordern die Regierung auf, Vorschläge zur Verbesserung der **Information des Parlaments** und, soweit erforderlich, zur Ausweitung der öffentlichen Zugänglichkeit von Dokumenten zu unterbreiten. Die Möglichkeiten für den Austausch von Sachinformationen zwischen Beamten und Abgeordneten werden erweitert. Das Archivgesetz wird überarbeitet und in allen Ministerien und Durchführungsstellen konsistent umgesetzt.
- Wir sorgen dafür, dass **Aufsichtsorgane** wie die Datenschutzbehörde, der Nationale Ombudsmann, die Allgemeine Rechnungskammer, der Beirat für Fragen des Regulierungsdrucks und die Aufsichtsbehörden zusätzliche Mittel erhalten, um ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können.
- Bei der Ernennung von Spitzenbeamten über das **Büro für Führungskräftemanagement** wird ein stärkerer Fokus auf bereichsspezifische Kompetenz gelegt, wobei zugleich die Verwendungszeiten verlängert werden.
- Wir sorgen für eine bessere Gewährleistung der **Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden**. Die Regierung wird zu diesem Zweck einen Entwurf für ein Gesetz über die staatlichen Aufsichtsbehörden ausarbeiten.
- Die von der Regierung dem Staatsrat und den beiden Parlamentskammern vorgelegten **Vorschläge zur Umsetzung der Empfehlungen der Staatskommission zum parlamentarischen System** (Remkes-Kommission) werden weiter beraten.
- Wir nehmen die **Ausgestaltung der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit** gemäß den Empfehlungen der Staatskommission zum parlamentarischen System in Angriff; dabei berücksichtigen wir, welche Umsetzung am besten an das niederländische Rechtssystem anknüpft.
- Wir denken nach über die **Stellung der Kommunalverwaltung** sowie des Bürgermeisters innerhalb dieses Systems, um sie zukunftsfähig zu machen.
- Wenn das Allgemeininteresse es erfordert, wird die Regierung, unter Beachtung der lokalen Selbstverwaltung und angemessener Garantien, **von der Möglichkeit Gebrauch machen, den nachgeordneten Gebietskörperschaften eine Weisung zu erteilen**.
- Um eine **stabilere Finanzierung für die nachgeordneten Gebietskörperschaften** zu erreichen und ihre Autonomie zu vergrößern, wird in den kommenden Jahren eine neue Finanzierungssystematik für die Zeit nach 2025 ausgearbeitet, unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Ausweitung der jeweiligen eigenen Steuerräume. Dabei werden auch Alternativen für die Immobiliensteuer und die Kraftfahrzeugsteuer in die Überlegungen mit einbezogen. In der laufenden Legislaturperiode folgt die Finanzierung der nachgeordneten Gebietskörperschaften weitgehend der Systematik, nach der die Mittelzuweisung an die Entwicklung des Staatshaushalts gekoppelt ist.
- Darüber hinaus wird der **Anstieg der Mittelkürzungen aufgrund erwarteter Effizienzgewinne infolge der Zusammenlegung von Gemeinden** in dieser Legislaturperiode gestrichen, die

nachgeordneten Gebietskörperschaften erhalten über eine spezifische Zuwendung Mittel zur Umsetzung der Klimapolitik, und es werden gemäß der Entscheidung des Sachverständigenausschusses zusätzliche Finanzmittel für die Jugendhilfe bereitgestellt. Ab 2024 werden in Ergänzung der aktuellen Reformagenda zusätzliche Maßnahmen im Rahmen der Jugendhilfepolitik getroffen. Dabei ist zu denken an die Normierung der Behandlungsdauer oder die Einführung einer Selbstbeteiligung (oder eine Kombination von beidem).

#### *Affäre um die Kinderbetreuungsbeihilfe*

- In der Affäre im Zusammenhang mit Kinderbetreuungszuschüssen wurde den benachteiligten Eltern und ihren Kindern großes Unrecht angetan, mit gravierenden Folgen für alle Facetten ihres Lebens. Eine **großzügige Entschädigung und emotionale Wiedergutmachung** sind entscheidend dafür, ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.
- Bei der kürzlich erfolgten **Überprüfung der Wiedergutmachungsoperation** wurde gemeinsam mit Eltern, Gemeinden und weiteren Beteiligten nach Möglichkeiten gesucht, den Prozess zu beschleunigen und zu verbessern. Es kommt entscheidend auf den Erfolg dieser Überprüfung an, damit besser auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern eingegangen werden kann, unter anderem indem früher ein persönlicher Kontakt ermöglicht wird, die Gemeinden den Eltern eine feste Anlaufstelle bieten und gezieltere Unterstützung leisten und die emotionale Wiedergutmachung im gesamten Prozess einen höheren Stellenwert bekommt.
- Die Eltern haben deutlich gemacht, dass sie ein Bedürfnis nach **Ruhe und Klarheit** haben. Daher sind Sorgfalt, Berücksichtigung von Unterschieden und echte Hilfe die obersten Gebote. Das kostet Zeit, und so werden die Bemühungen um Wiedergutmachung bis mindestens 2023 andauern.
- Für die Wiederherstellung des Vertrauens und Verbesserungen für die Zukunft braucht es mehr als eine finanzielle und emotionale Wiedergutmachung für die betroffenen Eltern und Kinder. Wir streben an, das heutige **Zuschusssystem abzuschaffen**, damit die Menschen nicht mehr mit komplizierten Regelungen oder hohen Rückforderungen zu tun bekommen. Deshalb führen wir in den nächsten Jahren eine grundlegende Reform der Kinderbetreuungsbeihilfe durch. Für erwerbstätige Eltern steigern wir den Zuschuss zu den Kinderbetreuungskosten schrittweise auf 95 Prozent. Der Zuschuss wird zudem direkt an die Kinderbetreuungseinrichtungen ausgezahlt, damit Eltern nicht mehr mit hohen Rückforderungen konfrontiert werden. Die Eltern zahlen nur noch eine geringe Selbstbeteiligung. Außerdem reformieren und vereinfachen wir das Wohngeld. Bis dahin führen wir die Bemühungen um Verbesserungen im bestehenden Beihilfesystem (Parlamentsdrucksache 31066, Nr. 898) fort.
- Überdies führen wir die **Umsetzung des breitangelegten Konzepts zur Bekämpfung von Armut und Verschuldung** entschlossen fort und sorgen für eine bessere, verantwortungsvolle Beitreibung öffentlicher Forderungen unter Berücksichtigung der menschlichen Dimension, und wir treffen die vorstehenden Maßnahmen, um das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat zu verbessern.

#### *Schäden durch Erdgasförderung in der Provinz Groningen*

- In den kommenden Jahren bedarf es erheblicher Anstrengungen, um das Vertrauen der Menschen in der Provinz Groningen wiederherzustellen. Dazu wird den Bewohnern und Unternehmern des Erdbebengebiets in Abstimmung mit der Region **rasch eine Perspektive geboten**, ausgehend von dem, was im Hinblick auf die Durchführung realistisch ist. Falls erforderlich, werden hierfür zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt.

- Dabei gelten die folgenden Eckpunkte: ein **gut vermittelbarer und großzügiger Abschluss** der Operation zur Instandsetzung und baulichen Verstärkung; bei den Arbeiten an ihren Wohnungen führen die Bewohner soweit es geht selbst Regie, wobei stets Maßarbeit angestrebt wird; die Instandsetzungs- und Verstärkungsmaßnahmen werden auf Wunsch der Bewohner gemeinsam durchgeführt; auch die nachhaltige Beseitigung von Schäden an den Fundamenten ist grundsätzlich Bestandteil der Operation.
- Dabei gilt das Prinzip der **umgekehrten Beweislast**. Zur Beschleunigung der Bearbeitung komplizierter Fälle wird eine Mandatsregelung näher ausgearbeitet.

## Medien

*Die Pressefreiheit ist für eine gut funktionierende Demokratie unentbehrlich – national, regional und lokal. Wir beobachten, dass Journalisten immer häufiger mit Bedrohungen und Aggression konfrontiert werden. Das ist inakzeptabel. Wir verteidigen entschlossen unsere Pressefreiheit. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für ein Klima ein, in dem Journalisten ihrer wichtigen Arbeit sicher nachgehen können. Dabei führen wir den Kampf gegen Desinformation und Fake News fort.*

- Der öffentliche Rundfunk ist in der Gesellschaft verwurzelt, repräsentiert verschiedene gesellschaftliche Strömungen und stellt ein vielfältiges, unabhängiges und hochwertiges Medienangebot bereit. Diese unabhängige, vielfältige Informationsvermittlung steht unter Druck. Medien und der Zugang zu Informationen werden mehr und mehr dominiert von großen, meist ausländischen kommerziellen Unternehmen. Um eine solche Dominanz zu verhindern, **wird das Wettbewerbsgesetz modernisiert**. Die Existenz einer öffentlichen Mediendomäne ist wichtiger denn je: eine unabhängige und zuverlässige Informationsquelle mit hohem Erkennungswert.
- Deshalb setzen wir die Maßnahmen aus dem **Perspektivpapier über die Zukunft des Mediensystems** (Parlamentsdrucksache 32827, Nr. 157) fort, darunter die schrittweise Halbierung der Werbung in den linearen Kanälen des öffentlichen Rundfunks und die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Medienakteuren zur gemeinsamen Bereitstellung niederländischer Inhalte. Außerdem führen wir eine Investitionspflicht für große ausländische Streamingdienste ein.
- Wir stocken das **Budget für investigativen Journalismus** auf.
- Um die **Unabhängigkeit lokaler Medien** besser zu gewährleisten, verlagern wir deren Bezuschussung vom Gemeindefonds auf eine nationale Finanzierung und nehmen zusätzliche Investitionen vor.
- Binnen Jahresfrist werden neben den Vorgaben für die Mitgliederzahl der Rundfunkanstalten die **neuen Zulassungs- und Rechenschaftskriterien festgelegt**, die die Verankerung in der Gesellschaft und die Qualität der Sender besser gewährleisten sollen.
- Wir setzen uns dafür ein, das **»Gedächtnis der Niederlande« zu realisieren**, indem wir dem Niederländischen Institut für Bild und Ton das Archivmaterial abkaufen und weitestmöglich rechtfrei zur Verfügung stellen.
- Sendungen des Niederländischen Öffentlichen Rundfunks (NPO) werden **Menschen mit audiovisuellen Einschränkungen** so weit wie möglich **zugänglich gemacht**. Zu diesem Zweck werden unter anderem Audiodeskription, Gebärdendolmetscher und (vorproduzierte oder live eingesprochene) Untertitel eingesetzt.
- Insgesamt investieren wir strukturell 30 Mio. Euro in die Medien.

## ***Eine bessere Zukunft für das gesamte Königreich***

*Im Königreich haben wir eine gemeinsame Vergangenheit und eine gemeinsame Zukunft. Eine Zukunft, die wir miteinander gestalten. Nach zehn Jahren wirtschaftlicher Stagnation und den harten Prüfungen durch einen Orkan und eine Pandemie wollen die Niederlande die drei karibischen Länder auf ihrem Weg zu nachhaltigem Wachstum unterstützen. Wir tun dies im Geiste des Statuts für das Königreich der Niederlande: nach den Prinzipien der Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit und auf der Grundlage einer offenen Analyse etwaiger Wünsche zur Änderung des Statuts. Was die karibischen Niederlande angeht, so sollen Bonaire, Saba und Sint Eustatius gleichwertige Bestandteile der Niederlande sein; dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.*

### *Bonaire, Saba und Sint Eustatius*

- Wir **stärken den Arbeitsmarkt der karibischen Niederlande** (Bonaire, Saba und Sint Eustatius), mit besonderem Augenmerk für die Position von jungen Menschen, und bekämpfen die Armut. Bezogen auf Bonaire bildet der Pakt von Kralendijk hierfür die Grundlage. Was Saba und Sint Eustatius betrifft, fördern wir einen Sozialdialog.
- Wir treffen klare Vereinbarungen mit Bonaire, Saba und Sint Eustatius zur strukturellen Sicherung der **Finanzierung der Grundversorgung**.
- Wir investieren in die Wirtschaft der karibischen Niederlande und treffen Maßnahmen, um die **Lebenshaltung bezahlbarer zu machen**. Wir setzen die Neubewertung des soziokulturellen Existenzminimums um. Wir tun dies unter anderem, indem wir die Sozialhilfe erhöhen, dafür sorgen, dass Leistungen der Grundversorgung erschwinglich bleiben, schneller auf eine vollständig nachhaltige Energieversorgung und Abwasserentsorgung umstellen und die Trinkwasserversorgung verbessern, damit die fixen Ausgaben für Leistungen der Grundversorgung sinken. Wir unterstützen Projekte für mehr lokale Landwirtschaft, damit weniger Lebensmittel importiert werden müssen, und wir nutzen die enormen Chancen für mehr Ökotourismus.
- Wir werden die **einzigartige Kultur und Natur** von Bonaire, Saba und Sint Eustatius, auch die Lebensräume unter Wasser, besser schützen.
- Insgesamt investieren wir strukturell 30 Mio. Euro.

### *Aruba, Curaçao und Sint Maarten*

- Aruba, Curaçao und Sint Maarten, die drei anderen Länder im Königreich, sind staatsrechtlich autonom und haben eine Eigenverantwortung für gute Verwaltungspraxis und integrires öffentliches Finanzgebaren. Die Beziehungen zwischen den drei Ländern und den Niederlanden beruhen unter anderem auf Gegenseitigkeit. Es ist, auch wegen der Coronapandemie und ihrer Folgen, dringend notwendig, die **Integrität der Verwaltung** und des öffentlichen Finanzgebarens in den drei Ländern zu verstärken und zu verbessern.
- Vonseiten der Niederlande werden wir uns weiterhin darum bemühen, gemeinsam mit Aruba, Curaçao und Sint Maarten im Rahmen solider Vereinbarungen an **guter Verwaltungspraxis, Korruptionsbekämpfung** und der **nachhaltigen Stärkung der Ökonomien und des Bildungswesens** zu arbeiten.
- Wir wollen das **demokratische Defizit** bei Beschlüssen des Abgeordnetenhauses über Vorlagen für Königreichsgesetze beseitigen, indem wir eine verhältnismäßige Beteiligung der karibischen Länder ermöglichen.

- Wir sorgen dafür, dass bei **Wahlen zum Europäischen Parlament** die Stimmabgabe für wahlberechtigte Einwohner Arubas, Curaçaos und Sint Maartens genauso zugänglich wird wie für Einwohner der europäischen Niederlande.
- Wir werden **effektiv zur wirtschaftlichen Entwicklung der karibischen Länder beitragen**, indem wir Bürgschaftsregelungen der Niederländischen Serviceagentur für Unternehmen (RVO) und des Nationalen Wachstumsfonds sowie Regelungen für nachhaltige Energieerzeugung (SDE++) für Anträge aus dem gesamten Königreich öffnen.

## 2. Ein nachhaltiges Land

### *Klima und Energie*

*Die größte der Herausforderungen, mit denen sich die heutigen Generationen konfrontiert sehen, ist der Klimawandel. Eine gute Klimapolitik bietet Chancen für den Aufbau einer nachhaltigen, starken Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir bereiten die Niederlande auf die Zukunft vor – klimaneutral, ohne fossile Brennstoffe und mit Kreislaufwirtschaft, sauberer Energieversorgung und ökologischer Industriepolitik. Die Niederlande sind ein wohlhabendes Land, das im Prozess der Umstellung auf eine nachhaltige Wirtschaft zu den Vorreitern Europas gehören will. Ebenso wie unsere Vorfahren einst gemeinsam Binnengewässer trockenlegten und zum Schutz vor Sturmfluten die Deltawerke errichteten, machen wir uns nun gemeinsam an die Entwicklung einer nachhaltigen Zukunft. Wir wollen alles uns Mögliche tun, damit unser Land und unser Planet lebenswert und bewohnbar bleiben. Darum bemühen wir uns, die im Pariser Klimaschutzübereinkommen vereinbarte Begrenzung der globalen Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad Celsius zu erreichen und die Biodiversität zu fördern. Die Regierung will Haushalte und Gemeinschaften, Unternehmen, Genossenschaften, Dörfer und Städte in diesem Ökologisierungsprozess unterstützen. Wir sorgen dafür, dass jeder seinen Beitrag leisten kann, dass die Verursacher zur Kasse gebeten werden und dass niemand zurückgelassen wird. So werden wir unserer Erde, den uns nachfolgenden Generationen und einander gerecht.*

- Die Niederlande wollen im Kampf gegen die Erderwärmung eine Vorreiterrolle übernehmen. Damit wir spätestens 2050 klimaneutral sind, **verschärfen wir das im niederländischen Klimaschutzgesetz für 2030 niedergelegte CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel auf mindestens 55 Prozent**. Wir haben uns diesem Ziel vorbehaltlos verpflichtet und werden wenn nötig zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um es zu erreichen. Damit uns dies auf jeden Fall gelingt, vereinbaren wir, die Latte noch höher zu legen und **bis 2030 eine Reduktion von etwa 60 Prozent anzustreben**.
- Auch **nach 2030** müssen wir die CO<sub>2</sub>-Reduktion energisch vorantreiben. So wollen wir die Emissionen bis 2035 um 70 Prozent und bis 2040 um 80 Prozent senken. Um dies zu erreichen, werden wir in dieser Legislaturperiode Vorbereitungen für die Einführung eines Systems der nutzungsabhängigen Bepreisung des Autoverkehrs im Jahr 2030 und für den Bau neuer Kernkraftwerke treffen. Darüber hinaus werden wir in dieser Legislaturperiode unsere Energienetze zukunftsfest machen.
- Welchen Beitrag die einzelnen **Branchen zu der zusätzlichen Emissionsminderung bis 2030 leisten** sollen, ist der Anlage zu entnehmen. Bei diesem Verteilerschlüssel handelt es sich ebenso wie bei den Kosten und Erträgen noch um Schätzungen. Es wird Aufgabe der Regierung sein, ein integriertes Maßnahmenpaket vorzulegen, das eine ausreichende Reduktion gewährleistet, Verlagerungseffekten entgegenwirkt und der Durchführbarkeit und Kosteneffizienz der Maßnahmen sowie der Wertschöpfungsfähigkeit der Niederlande Rechnung trägt. Hierzu werden unter anderem auch die Planungsämter einbezogen, damit auf der Grundlage aktueller Zahlen Berechnungen angestellt werden können.
- Es wird ein **Minister für Klima und Energie** eingesetzt, der über die Politik und den Klimafonds die Regie führt. Wir stärken die **Durchführungskompetenzen** der staatlichen Zentralverwaltung und der nachgeordneten Gebietskörperschaften, damit sie den Umstellungsprozess bewältigen können. Ein unabhängiger wissenschaftlicher Beirat (nach britischem Vorbild) beurteilt die Politik und steht der Regierung beratend zur Seite. Mit Hilfe eines Generationenchecks stellen wir sicher,

dass die Politik auf der Basis einer breiten Wohlstandsdefinition entwickelt wird. Wir beziehen die Bürger aktiv in die Klimapolitik ein.

- Ein **Klima- und Transformationsfonds**, der für die kommenden zehn Jahre mit 35 Mrd. Euro ausgestattet ist und die heutige Beihilferegelung für erneuerbare Energien (SDE++) ergänzt, wird die Schaffung der benötigten Energieinfrastruktur (für Elektrizität, Wärme, Wasserstoff und CO<sub>2</sub>), die Realisierung der angestrebten grünen Industriepolitik und die Ökologisierung der Mobilität und von Gebäuden unterstützen.
- Die Verfahren für die Realisierung neuer großer Energieinfrastrukturprojekte von nationaler Bedeutung sind zu langwierig. Wir werden diese Verfahren analog zu dem Ansatz im **Krisenbewältigungs- und Konjunkturbelebungs-gesetz (Crisis- en Herstelwet/Chw)** beschleunigen.
- Nach Feststellung des »Fit für 55«-Pakets durch die Europäische Union wird die Klimapolitik auf der Grundlage der zu erwartenden Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Bezahlbarkeit für Privathaushalte und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) **neu ausgerichtet**.
- Voraussetzung für die Verwirklichung einer ehrgeizigen Klimapolitik ist ein **ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften**, sowohl heute als auch auf dem Weg ins Jahr 2050. Darum werden wir im Schulterschluss mit Bildungseinrichtungen, Behörden und Sozialpartnern mit Hilfe von Ausbildungen, Umschulungen und Fortbildungen darauf hinwirken, dass genügend Fachpersonal zur Verfügung steht.

#### *Industrie und Wirtschaft*

*Die Industrie der Zukunft verwendet saubere Energie und biobasierte Rohstoffe, und sie erzeugt kreislauffähige Produkte. Wir wollen bei der Umstellung auf eine grüne Industrie eine Vorreiterrolle übernehmen. Das setzt eine umweltfreundliche Industriepolitik voraus, die im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft realisiert werden muss. Nicht auf unverbindlicher Basis, sondern auf der Grundlage strenger, verbindlicher und maßgeschneiderter Vereinbarungen sorgen wir dafür, dass die niederländische Industrie in Europa und der Welt in puncto Umweltschutz Maßstäbe setzt. Das verbessert die Standortattraktivität der Niederlande und gewährleistet auf Dauer eine nachhaltige Beschäftigung.*

- Für die Industrie **legen wir die Latte höher**. Dabei streben wir – neben unseren »Fit für 55«-Verpflichtungen – vorrangig eine Reduktion in den Emissionshandels-sektoren an.
- Wir treffen **verbindliche maßgeschneiderte Vereinbarungen mit den 10 bis 20 größten Treibhausgasemittenten**. Dabei tragen wir den Verbindungen zwischen Unternehmen in Industrieclustern Rechnung. Vereinbarungen nach Maß müssen auf Gegenseitigkeit basieren. Das bedeutet, dass die Regierung die neue Energieinfrastruktur bereitstellt und den betreffenden Unternehmen Zusagen über ehrgeizige Nachhaltigkeitsziele abverlangt. Darüber hinaus treffen wir Vereinbarungen über langjährige Investitionen dieser Unternehmen in den Niederlanden, über die finanzielle Beteiligung an Ausbildungen, über gute Arbeitgeberpraxis und über die Qualität des Lebensumfelds.
- Die Ökologisierungsanreize werden noch dadurch verstärkt, dass das **zusätzlich zum Preis im europäischen Emissionshandelssystem (ETS) erhobene grenzkostenbasierte Entgelt erhöht** wird. Um Sicherheit zu schaffen, wird im ETS ein ansteigender Mindestpreis eingeführt, vorzugsweise in Abstimmung mit unseren Nachbarländern. Ein eventueller Mehrertrag aus dem grenzkostenbasierten Entgelt und dem ansteigenden Mindestpreis fließt in den Klimafonds für die Ökologisierung der Wirtschaft zurück.

- Es wird zusätzlich in die Forschung und Innovation auf dem Gebiet der **klimaneutralen Technologien** investiert. Der Schwerpunkt liegt dabei auf umfangreichen und kohärenten Programmen, die auch dazu beitragen, dass die Energiewende bezahlbar bleibt. Es werden ein ehrgeiziges Klimaziel sowie ein Durchführungsprogramm für die **Kreislaufwirtschaft** formuliert. Die Regierung übernimmt dabei eine Vorbildfunktion, indem sie Klimapolitik und Kreislaufwirtschaft besser aufeinander abstimmt.
- **Wir unterstützen kleine und mittlere Unternehmen in ihren Ökologisierungsbestrebungen**, unter anderem indem wir sie über die möglichen Maßnahmen informieren und beraten. Wir fördern die Nachhaltigkeit und vereinfachen die für Unternehmer geltenden Regelungen auf diesem Gebiet. Bei unserer künftigen Klimapolitik prüfen wir vorab die Auswirkungen auf den KMU-Sektor.
- Wir sorgen für ein sauberes und gesundes Lebensumfeld, indem wir strenger gegen **Umweltkriminalität und Umweltrisiken** vorgehen, wobei wir uns unter anderem auf den Bericht der Beratungskommission für Genehmigungserteilung, Aufsicht und Durchsetzung (Van-Aartsen-Kommission) stützen.

### *Energiemix*

*Wir werden natürlich weiterhin Energie nutzen, steigen aber auf Energiequellen um, die keine Treibhausgase ausstoßen, und wir senken durch Energiesparmaßnahmen unseren Verbrauch. So können wir nach 2030 zügig auf eine vollständig klimaneutrale Energieversorgung hinarbeiten. Dadurch verringern wir rasch den Einsatz fossiler Energieträger, während wir zugleich die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleisten.*

- Wir erweitern das **Angebot an erneuerbaren Energien**, indem wir zusätzliche Offshore-Windparks, Solarmodule auf Dächern, grünes Gas und Geo- und Aquathermie fördern. Zugleich bauen wir die Produktion und den Import von Wasserstoff aus.
- Die Nutzung holziger **Biomasse** für die Energiegewinnung wird unter Berücksichtigung der Kosteneffizienz schnellstmöglich reduziert. Biomasse soll möglichst hochwertig eingesetzt werden. Wir lassen ausschließlich die Nutzung holziger Biomasse zu, die in der EU erzeugt wurde, so dass wir die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien überwachen können. Wir sorgen dafür, dass die Entwicklung nachhaltiger Alternativen für die Wärmeerzeugung beschleunigt wird.
- Die Kernenergie kann im Energiemix eine Ergänzung zur Solarenergie, Windenergie und Geothermie sein und für die Produktion von Wasserstoff eingesetzt werden. Darüber hinaus verringert sie unsere Abhängigkeit von Erdgasimporten. Darum bleibt das **Kernkraftwerk Borssele**, natürlich unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten, länger in Betrieb. Außerdem wird die Regierung Vorbereitungen für den Bau **zweier neuer Kernkraftwerke** treffen. Das bedeutet unter anderem, dass wir Marktakteure bei ihren Untersuchungen unterstützen, Innovationen fördern, öffentliche Ausschreibungen durchführen, die Beihilferegeln überarbeiten und wo nötig die Gesetze und Rechtsvorschriften entsprechend anpassen. Auch sorgen wir für eine sichere und dauerhafte Lagerung von Atommüll.
- Es werden klare **Abstandsvorgaben für den Bau von Windkraftanlagen an Land** formuliert, und wir fördern die (finanzielle) Beteiligung von Anwohnern, um die Akzeptanz zu fördern. Angesichts der Raumknappheit hat für uns die Installation von Dachsolaranlagen einschließlich Normierung Priorität. Solarparks an Land werden nur genehmigt, wenn die betreffende Fläche multifunktional genutzt werden kann, etwa auf Grundstücken in Staatseigentum.
- Die **Erdgasgewinnung in der Provinz Groningen** wird im Interesse der Sicherheit der Einwohner wie geplant möglichst schnell eingestellt. Um unseren Energiebedarf zu decken, werden wir in den

kommenden Jahren weiterhin Erdgas importieren müssen. Das Verfahren hinsichtlich der Erdgasgewinnung bei Ternaard wird abgeschlossen. Es werden keine neuen Genehmigungen für die Erdgasförderung aus dem Wattenmeer erteilt. Wir unterstützen die Erdgasgewinnung in der Nordsee, und es werden verpflichtende Vorgaben für den Mindestfüllstand der Gasspeicher formuliert. Dadurch verringern wir die Abhängigkeit vom Ausland.

- Wir untersuchen die Möglichkeiten, die **finanziellen Anreize für fossile Energieträger** zunächst abzubauen und anschließend die finanzielle Förderung dieser Brennstoffe nach Möglichkeit ganz einzustellen. Im Interesse der Standortattraktivität unseres Landes für Unternehmen tun wir dies so weit wie möglich gemeinsam mit anderen Ländern.
- Um die über den Klimapakt hinausgehenden Ziele erreichen zu können, erweitern wir die Möglichkeiten für die **CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (Carbon Capture and Storage/CCS)**. Die Förderung der CCS-Technik bleibt an eine Obergrenze gebunden, die wir erforderlichenfalls anpassen, damit die Ziele erreicht werden können.

### *Ökologisierung von Gebäuden*

*Die beste Energie war schon immer eingesparte Energie, aber in der heutigen Zeit mit ihren hohen Energiepreisen gilt dies mehr denn je. Nachhaltigkeitsmaßnahmen führen schließlich nicht nur zu einer Reduktion der Emissionen und zu mehr Komfort im Haus, sondern auch zu einer niedrigeren Energierechnung. Wir werden mit einem ehrgeizigen Paket intelligenter und pragmatischer Maßnahmen die Ökologisierung unserer Wohngebäude und Betriebe vorantreiben. Privathaushalte und der KMU-Sektor werden dabei unterstützt. Wir beginnen mit der Wärmedämmung, die nach dem Manifest »Nationales Wärmedämmprogramm« schneller, intelligenter und sozialer als bisher durchgeführt werden muss. Und wir fördern nachhaltige Heizmethoden unter sorgfältiger Berücksichtigung der finanziellen Belastbarkeit der Haushalte, der Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen und des KMU-Sektors.*

- Auf der Grundlage eines programmatischen Ansatzes – mit einem **mehnjährigen »Nationalen Wärmedämmprogramm«**, das Verpflichtungen und Mittel bis mindestens 2030 beinhaltet – werden wir Wohnungen schneller, intelligenter und sozialverträglicher isolieren. Wir treten aktiv an die Haushalte heran, bündeln Angebot und Nachfrage, beginnen bei den am schlechtesten isolierten Wohnungen und bieten Haushalten mit geringem und mittlerem Einkommen (zusätzliche) Unterstützung.
- Durch Normierung und positive Anreize regen wir **Vermieter zu nachhaltigen Verbesserungen schlecht isolierter Mietwohnungen** an. Schlecht isolierte Wohnungen dürfen in absehbarer Zeit nicht mehr vermietet werden. Eigentümergemeinschaften und Wohnungseigentümern wird es leichter gemacht, Nachhaltigkeitsmaßnahmen umzusetzen. Hierfür wird der Nationale Wärmefonds eingesetzt, der günstige Darlehen für die Finanzierung von Energiesparmaßnahmen vergibt. Künftig kann er auch von kleinen und mittleren Unternehmen in Anspruch genommen werden.
- **Hybride Wärmepumpen** sind kurzfristig für die Beheizung der meisten Wohnungen eine gute Lösung. Mittels Normierung wird den Lieferanten die Verantwortung dafür übertragen, vermehrt (hybride) Wärmepumpen zu installieren, wobei die Haushalte eine Beihilfe für die ihnen entstehenden Mehrkosten erhalten. Zusammen mit der Wärmedämmung und dem Einsatz grüner Gase kann diese Maßnahme in wesentlichem Maße zur Nachhaltigkeit beitragen, ohne dass das System für die Verbraucher zu komplex und damit unzugänglich wird.

- Auf Stadtteilebene werden, soweit es kosteneffizient möglich ist, **nachhaltige Wärmenetze** realisiert. Der unrentable Teil kollektiver Wärmeprojekte wird teilweise über eine staatliche Beihilferegulierung finanziert, damit sie für die Haushalte bezahlbar bleiben.
- Im Erdgasnetz wird die **Beimischung von grünem Gas Pflicht**.

### *Mobilität*

*Wir werden die Emissionen im Verkehrssektor erheblich senken. In diesem Bereich wurde seit 1990 der geringste Rückgang der Schadstoffemissionen realisiert. Wenn man die Emissionen aus Luft- und Schifffahrt mitrechnet, sind sie sogar angestiegen. Die Reduktion der Emissionen ist nicht nur zur Erreichung der Klimaziele, sondern auch zur Verbesserung der Luftqualität notwendig.*

- Wir werden weiter in eine **saubere Mobilität** investieren, um das Klima zu schützen und die Luftqualität in den Städten zu verbessern. Die Elektromobilität wird gefördert. Das gilt auch für den Gebrauchtfahrzeugmarkt. Eine übermäßige Förderung muss allerdings vermieden werden. Auch Nachhaltigkeitsmaßnahmen in der Stadtlogistik und im Straßengüterverkehr werden unterstützt. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur wird beschleunigt. Die Beimischung von Biokraftstoffen wird gefördert.
- Mit Unternehmen und Behörden werden Vereinbarungen über die Förderung der **Homeoffice-Arbeit** getroffen.
- Eine weitere Maßnahme ist der Einsatz nachhaltiger **Flugzeugtreibstoffe**. Zur Ökologisierung der Luft- und Schifffahrt investieren wir in die Entwicklung und Produktion unter anderem von synthetischem Kerosin in den Niederlanden. Auf diesem Gebiet können die Niederlande eine Vorreiterrolle übernehmen.
- Wir unterstützen die Vorschläge der Europäischen Kommission zur Einführung einer **Kerosinsteuer** auf EU-Ebene und zur nachhaltigeren Gestaltung der Schifffahrt. Dabei wollen wir eine Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen so weit wie möglich vermeiden. Das Landstromnetz für Schiffe wird weiter ausgebaut.
- Spätestens 2030 sollen alle neu zugelassenen Kraftfahrzeuge emissionsfrei sein. 2030 wird ein System der **nutzungsabhängigen Bepreisung** für alle Antriebsarten eingeführt; die hierfür notwendige Rechtsgrundlage wird noch in dieser Legislaturperiode geschaffen. Grundlage des Systems ist die Kraftfahrzeugsteuer, deren Tarif von der jährlichen Fahrleistung abhängig gemacht wird. Die neue Abgabe ist weder zeit- noch ortsgebunden und tritt an die Stelle der heute noch existierenden Mautpflicht auf Streckenabschnitten wie dem Westerschelde-Tunnel, dem Kil-Tunnel und der A15-Verlängerung. Das bedeutet, dass die Fahrer sowohl elektrischer als auch kraftstoffbetriebener Fahrzeuge für die Straßennutzung zahlen.
- Die 2020 im Leitprogramm zur Luftfahrt 2020–2050 niedergelegten Nachhaltigkeitsziele, darunter die Festlegung von Emissionsgrenzen für jeden Flughafen, werden weiterverfolgt. Wir erhöhen die **Flugticketsteuer** und investieren den Ertrag teilweise in Nachhaltigkeitsmaßnahmen in der Luftfahrt und in die Minderung der Auswirkungen der Luftfahrt auf das Lebensumfeld.

## *Klimaanpassung*

*Die Hochwasserkatastrophe in der Provinz Limburg hat uns dieses Jahr wieder einmal klar vor Augen geführt, dass der Klimawandel bereits eingesetzt hat und auch unser Land nicht verschont. Wir müssen darum nicht nur einer weiteren Erderwärmung entgegenwirken, sondern uns auch dringend um die Anpassung an den Klimawandel bemühen.*

- Wir investieren zusätzlich in den für Hochwasserschutzmaßnahmen bestimmten **Deltafonds**, um Rückstände aufzuholen und die Durchführung des Nationalen Deltaprogramms zu beschleunigen. Wir investieren weiterhin in unsere Deiche, Dünen und Dämme. Außerdem werden Mittel für einen besseren Schutz der Bachauen, unter anderem in der Provinz Limburg, zur Verfügung gestellt.
- Wir werden neue **Rahmenbedingungen für die Wasserwirtschaft** formulieren, um das Land vor Überschwemmungen zu schützen, die Süßwasserversorgung sicherzustellen und eine zukunftsbeständige Raumordnung zu gewährleisten. Wasser und Boden werden bei der Entwicklung raumordnerischer Pläne maßgebend. Darum werden die Wasserverbände künftig schon in einem früheren Stadium als bisher in die Planentwicklung einbezogen, und die sog. Wasserprüfung, die eine gebührende Berücksichtigung der wasserwirtschaftlichen Belange gewährleistet, erhält einen verpflichtenderen Charakter.
- **Hitzestress** stellt im Sommer ein immer häufiger auftretendes Problem dar und führt vor allem bei Risikogruppen nicht selten zu Todesfällen. Um der Hitzebelastung in den Städten entgegenzuwirken, fördern wir Begrünungsmaßnahmen, die Anlage offener Wasserflächen und die Nutzung heller Farben für Fassaden und sonstige Flächen in dichtbebauten Gebieten. Dies sorgt für Kühlungseffekte durch Beschattung, Verdunstung und Reflexion des Sonnenlichts.

## *Landwirtschaft, Natur und Stickstoff*

*Die Niederlande sind eines der fruchtbarsten, aber auch der dichtestbesiedelten Deltagebiete unserer Erde. Die niederländische Agrarwirtschaft genießt Weltruf. Wir wollen unsere einzigartige Natur schützen, dem Rückgang der biologischen Vielfalt entgegenwirken und der Landwirtschaft neue Perspektiven bieten. In den kommenden Jahren werden wir hohe Investitionen in die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft und die Robustheit unserer Naturgebiete investieren, um wieder ein Gleichgewicht zu schaffen. Um den Erhaltungszustand der Natur zu verbessern, entwickeln wir ein breitangelegtes Konzept für unsere vielfältige Landschaft, das nicht nur der Stickstoffproblematik Rechnung trägt, sondern auch den (europäischen) Normen und Aufgaben auf den Gebieten Wasserqualität, Boden, Klima und Artenvielfalt. Eine solch differenzierte Herangehensweise hat große Anpassungen im ländlichen Raum zur Folge. Wir beschreiben damit gebietsorientiert die Perspektiven für verschiedene Formen der Landwirtschaft.*

*Da dieses Konzept langfristige, planbare und kohärente Maßnahmen erfordert, richten wir einen großzügigen Transformationsfonds ein. Wir verknüpfen die Umstellung auf eine kreislauforientierte Landwirtschaft mit einem Geschäftsmodell, das es den Landwirten ermöglicht, die notwendigen Veränderungen zu realisieren, das ihnen die Wertschätzung der Gesellschaft sichert und dem Berufsnachwuchs eine Zukunft bietet. Dabei erwarten wir, dass sich Banken, Zulieferer, die verarbeitende Industrie und der Einzelhandel verbindlich an diesem Prozess beteiligen.*

- Wir stellen zwischen Natur und Landwirtschaft ein Gleichgewicht her, indem wir die Umstellung auf eine **kreislauforientierte Landwirtschaft** in den Bereichen Futtermittel, Güllewirtschaft, Boden,

Pacht und Tierwohl einschließlich der zugehörigen Innovationen vorantreiben. Durch die Verarbeitung von Restströmen bestimmter Produkte in Futtermitteln, die Verwendung organischer Düngemittel anstelle von Mineraldüngern und eine bodengebundene Milchviehhaltung können wir Kreisläufe schließen. Darüber werden Vereinbarungen mit Zulieferern und der verarbeitenden Industrie getroffen.

- Wir fördern **neue Geschäftsmodelle**, beispielsweise biobasierte Baustoffe, CO<sub>2</sub>-Credits und Stickstofffixierung. Mit Mehrjahresverträgen und einer angemessenen Vergütung verbessern wir die Möglichkeiten der Landwirtschaft, in der Landschaftspflege aktiv zu werden. Wir schaffen eine neue Flächennutzungskategorie: die Landschaftspflegefläche, die agrarische Nutzung und Naturschutz miteinander verbindet. In Kombination mit einer Erweiterung der Naturflächen vergrößern wir dadurch den Lebensraum empfindlicher Arten, was uns den Zielen der Vogelschutz- und der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie näherbringt.
- Im Rahmen eines **Nationalen Programms für den ländlichen Raum** wird die Bewältigung der Herausforderungen in den Bereichen Landwirtschaft und Naturschutz aus einem Transformationsfonds unterstützt, durch den **bis 2035 insgesamt 25 Mrd. Euro** bereitgestellt werden. In Verwaltungsvereinbarungen mit den Provinzen werden Bedingungen für den Abruf staatlicher Mittel niedergelegt. Das niederländische Raumordnungs- und Umweltgesetz (Omgevingswet) enthält das Instrumentarium für ein dringend gebotenes Naturverbesserungskonzept und bildet eine Grundlage für die Erteilung von Genehmigungen. Mit Hilfe ökologischer Analysen stellen wir fest, was notwendig ist, um die Aufgaben auf dem Gebiet der Renaturierung, des Klimaschutzes und der Wasserwirtschaft zu bewältigen. Eine Umweltschutzbehörde wird die wissenschaftliche und rechtliche Belastbarkeit dieser Analysen gewährleisten. Eine starke Regieorganisation unterstützt diesen Prozess und steuert erforderlichenfalls nach. Außerdem schaffen wir Transparenz in Bezug auf die Zukunftsperspektiven der Landwirtschaft in den verschiedenen Gebieten.
- Wir ziehen die **gesetzlich verankerten Ziele auf dem Gebiet der Stickstoffreduktion und der Verbesserung des Naturschutzes** von 2035 auf 2030 vor, was der Empfehlung der Beratungskommission für die Stickstoffproblematik (Remkes-Kommission) entspricht, nach der alle Branchen einen anteilmäßigen Beitrag zur Stickstoffreduktion leisten sollen. Auch auf europäischer Ebene setzt sich die Regierung für eine Minderung der Stickstoffemissionen ein.
- Um auf verantwortungsbewusste Weise Stickstoffemissionsrechte zuweisen zu können, erteilen wir **Genehmigungen** auf der Grundlage fundierter **Rahmenbedingungen und Anforderungen**. Diese integrierte Herangehensweise wird in absehbarer Zeit Möglichkeiten für eine großzügigere Genehmigungserteilung eröffnen. Dies ist jedoch angesichts des Umfangs und der Dauer des Umstellungsprozesses mit Ungewissheiten behaftet. Sollten sich daraus unerwünschte Effekte ergeben, werden diese mit dem vorhandenen Instrumentarium und erforderlichenfalls mit neu zu entwickelnden Instrumenten beseitigt.
- Im Rahmen der gebietsorientierten Herangehensweise können Maßnahmen der **Extensivierung, Umstellung, Innovation, Legalisierung und Verlegung** den Prozess der Ökologisierung der Landwirtschaft beschleunigen. Dabei wird die natürliche Fluktuation in dieser Branche berücksichtigt. In den Gebieten, in denen der Emissionsminderungs- und Renaturierungsbedarf so hoch ist, dass Freiwilligkeit nicht länger Unverbindlichkeit bedeuten kann, werden wir im Gespräch mit den Landwirten vor Ort verschiedene Optionen erörtern.
- Mit einer »**Grundstücksbörse**« erleichtern wir Nachwuchslandwirten den Einstieg und Bestandsbetrieben die Suche nach geeignetem Entwicklungsraum. Diese Börse vergibt

freiwerdende Grundstücke an Landwirte, die ihren Hof extensivieren, umwandeln oder verlegen wollen, sowie für landschaftspflegerische Nutzungen.

- Die **Stellung der Niederländischen Behörde für Ernährung und Produktsicherheit (NVWA)** wird gestärkt. Dies erfordert eine erhebliche Investition in deren öffentliche Aufgaben. Die Aufgabenbereiche Prüfung und Aufsicht werden voneinander getrennt. Darüber hinaus streben wir kostendeckende Tarife für gebührenfähige Aktivitäten an. Wir reformieren das Tarifsysteem zu einem System betriebsgrößenabhängiger Arrangements und Abonnements, das gutes Verhalten und Regelkonformität belohnt.
- Wir intensivieren die eingeleitete Umstellung auf einen **integrierten Pflanzenschutz**, indem wir Zwischenziele formulieren, Innovationen und die Präzisionslandwirtschaft fördern, grüne Alternativen unterstützen und Verkauf und Beratung voneinander trennen. Die Normen für die Nutzung von Mitteln werden auf die Wasserrahmenrichtlinie abgestimmt. Wir untersuchen die Gesundheitsauswirkungen auf Landwirte und Anwohner.
- Im Einklang mit der 2020 vorgelegten Empfehlung des Tierschutzrates (Raad voor Dierenaangelegenheden) werden wir zusammen mit Landwirten, Marktakteuren, zivilgesellschaftlichen Organisationen und anderen Beteiligten die Entwicklung einer Vereinbarung über **artgerechte Tierhaltung** in Gang setzen, die auch Absprachen zum Zeithorizont und zum Instrumentarium sowie zur finanziellen Unterstützung umfasst. Diese Vereinbarung dient dann als Grundlage für gesetzliche Vorschriften zur Gewährleistung einer artgerechten Tierhaltung, die auch die Belange der öffentlichen Gesundheit berücksichtigt; diese Vorschriften werden in dieser Legislaturperiode in Kraft treten.
- Mit den Akteuren der Erzeugerkette und der Behörde für Verbraucher und Märkte (ACM) wird die Regierung verbindliche Vereinbarungen zur Stärkung der **Position der Landwirte in der Erzeugerkette** treffen. Dabei erwarten wir, dass sich Banken, Zulieferer, die verarbeitende Industrie und der Einzelhandel verbindlich an diesem Prozess beteiligen. Wo nötig werden die Vereinbarungen rechtlich verankert. Von den Supermärkten erwarten wir, dass sie auf transparente Weise ihr gesamtes Sortiment nachweislich nachhaltig und tierfreundlich gestalten, wozu auch eine nachhaltige Beschaffung und faire Preise für die Landwirte gehören. Wir prüfen, wie die Verbraucher einen Beitrag zur nachhaltigeren Gestaltung der Landwirtschaft leisten können. Um bewusste Entscheidungen zu fördern, werden in den Niederlanden erzeugte Lebensmittel mit einem Herkunftsetikett versehen. Staatliche Stellen verpflichten sich, bei der Beschaffung von Lebensmitteln auf nachhaltige und regionale Erzeugung zu achten.
- Der Unterglasgartenbau besitzt großes Potential, sich zum Vorreiter auf dem Gebiet der energieeffizienten und kreislaufwirtschaftsorientierten Erzeugung hochwertiger Produkte zu entwickeln. Die Branche kann sogar eine positive CO<sub>2</sub>-Bilanz erreichen, verwendet momentan aber noch überwiegend Erdgas. Wir werden die Energiewende in dieser Branche fördern. Wir schaffen die Rahmenbedingungen dafür, dass der **Unterglasgartenbau** weiter ökologisiert werden und sich zu einem Vorreiter auf dem Gebiet der Erzeugung energieeffizienter und kreislauffähiger Produkte entwickeln kann.
- Angesichts der Herausforderungen, mit denen sich die **Fischerei** konfrontiert sieht, müssen dieser Branche Raum und Perspektiven für Innovation und Diversifizierung geboten werden.

## Wohnungswesen und Raumordnung

*Eine gute, nachhaltige und bezahlbare Wohnung an einem Standort mit angemessener Lebensqualität gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Viele suchen momentan jedoch vergeblich danach. Priorität hat für uns, dass alle – ob Mieter oder Käufer – Wohnraum finden.*

- Wir **steigern den Wohnungsneubau auf etwa 100.000 Wohnungen pro Jahr**. Mindestens zwei Drittel der Wohnungen sollen aus erschwinglichen Mietwohnungen oder Eigentumswohnungen unter der Preisgrenze bestehen, bis zu der eine staatliche Hypothekenbürgschaft möglich ist.
- Die von Wohnungsbaugesellschaften ab einer bestimmten Größe zu entrichtende **Vermieterabgabe wird abgeschafft**. Wir treffen verbindliche Leistungsvereinbarungen mit den Gesellschaften, um sicherzustellen, dass die hierdurch freiwerdenden Mittel in den Bau flexibler Wohnlösungen auf Zeit und preisgünstiger Mietwohnungen, in die Sanierung und Nachhaltigkeit sowie in die Lebensqualität in den Städten investiert werden. Gegebenenfalls erhalten Wohnungsbaugesellschaften projektbezogene Unterstützung aus Mitteln, die sie selbst gemeinsam aufbringen, wobei sich die Beiträge der einzelnen Gesellschaften am Wert ihres Wohnungsbestands bemessen.
- Besondere Aufmerksamkeit gilt dem **Bau von Wohnungen für Personen, die zum ersten Mal eine Wohnung kaufen oder mieten (Wohneinsteiger), Senioren und Bezieher mittlerer Einkommen**. Angesichts des aktuellen Mangels an Wohnraum für Studenten, Dringlichkeitsfälle, Arbeitsmigranten und Obdachlose sollen jährlich 15.000 Behelfswohnungen gebaut und 15.000 weitere Wohneinheiten durch den Umbau von Büroräumen realisiert werden. Wir schaffen auch mehr Raum für alternative Wohnformen und genossenschaftliche Wohnprojekte, die von den Bewohnern selbst entwickelt werden. Der Staat übernimmt mehr Verantwortung für die Unterbringung anerkannter Asylbewerber, indem er die Gemeinden durch regionale Vereinbarungen über Behelfswohnungen entlastet. Die Verfahren für die Errichtung von Behelfswohnungen werden weiter vereinfacht.
- Wir arbeiten eine neue **Nationale Wohnagenda und Bauagenda** aus, in denen Vereinbarungen über die Zahl der Neubauwohnungen und die Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft niedergelegt werden, darunter die Kapazität für die Genehmigungserteilung und das Angebot an Baupersonal. Wir beschleunigen den Wohnungsbau, indem wir Innovationen unterstützen. Dadurch kann das Bauvolumen im Fertighausbau erhöht werden. Außerdem fördern wir die Kreislaufwirtschaft im Bau. Mit der Bauagenda werden auch Hindernisse beseitigt, die klimaresilientem und naturinklusivem Bauen entgegenstehen.
- **Wir bauen in den gesamten Niederlanden**, sowohl in den Städten als auch in ihrem Umfeld. Außer auf die 14 großen Stadtentwicklungsgebiete und ausgewählte Eisenbahn- und Kanalzonen konzentrieren wir den Wohnungsbau auf verkehrstechnisch gut erschlossene Gebiete. Bei Neubauvorhaben muss gewährleistet sein, dass öffentliche Einrichtungen sowie Verkehrswege und öffentliche Verkehrsmittel vorhanden sind und die Natur geschützt wird. Wenn offene Räume bebaut werden, muss für ausreichende Begrünung gesorgt werden. Die Regierung wird mit eigenen Immobilien und Grundstücken zur Bekämpfung der Wohnungsnot beitragen, indem sie besonders erschwingliche Miet- und Eigentumswohnungen realisiert.
- Ein Minister für **Wohnungswesen und Raumordnung** unterstützt künftig die Gemeinden und Provinzen bei der Festlegung von Wohnungsbaustandorten und trifft mit ihnen Leistungsvereinbarungen. Die Bauverordnung wird überarbeitet, wobei Hindernisse für den Wohnungsbau beseitigt werden. Um finanzielle Probleme bei der Baulanderschließung für

spezifische Projekte zu vermeiden, verlängern wir die Beihilferegelung für den kommunalen Wohnungsbau sowie die Regelung über den Wohnungsbaufonds. Auch den Regionen mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung wird weiterhin gebührende Aufmerksamkeit gewidmet.

- Für die kommenden zehn Jahre stehen insgesamt **7,5 Mrd. Euro für die Erschließung der Neubausiedlungen** in den 14 Stadtentwicklungsgebieten und ihrem Umfeld zur Verfügung. Diese Mittel fließen dem Mobilitätsfonds zu und werden in Absprache zwischen dem Minister für Infrastruktur und Wasserwirtschaft, dem Minister für Wohnungswesen und Raumordnung und den Regionalbehörden eingesetzt.
- Die Regierung setzt sich ein für eine **gute Raumentwicklung**, den Schutz unserer Natur, die Bekämpfung der Probleme im Zusammenhang mit Gebäudefundamenten infolge der allgemeinen Bodensenkung, die Vermeidung von unregelmäßiger Bebauung, Wildwuchs an Gewerbehallen u. dgl. sowie für die räumliche Eingliederung der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende. Hierzu werden wir das Nationale Leitbild zur Raumordnungs- und Umweltpolitik aktualisieren und konkretisieren; darüber hinaus legen wir ein Durchführungsprogramm vor.
- **Hyperscale-Datenzentren** beanspruchen gemessen an ihrem gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Mehrwert einen unverhältnismäßig hohen Anteil an der verfügbaren regenerativen Energie. Darum intensivieren wir die landesweite Regie und verschärfen die Kriterien für die Erteilung von Genehmigungen für solche Zentren.
- Die **Regie** über die Raumordnungspolitik, sowohl hinsichtlich der Stadtentwicklung als auch auf dem Gebiet anderer Aufgaben mit starkem raumordnerischem Bezug obliegt dem Minister für Wohnungswesen und Raumordnung.
- Wir **senken die Sozialmiete für Bezieher geringer Einkommen** und erhöhen sie für besser verdienende Bewohner stufenweise bis zur Marktkonformität. Um Sozialmietern eine Chance auf Eigentum zu bieten, erhalten sie die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen ihre Mietwohnung zu kaufen. Darüber hinaus wollen wir Wohneinsteiger beim Kauf einer Wohnung unterstützen, beispielsweise indem wir eine neue Form von sozialem Wohneigentum für Geringverdiener schaffen, wobei wir darauf achten, dass dies nicht zu einem zusätzlichen Anstieg der Wohnpreise führt.
- Für **Mietwohnungen für Bezieher mittlerer Einkommen wird eine Art Mietpreisbremse** eingeführt, damit der Wohnraum für sie bezahlbar wird und die Investition in diese Wohnungen für institutionelle Anleger rentabel bleibt. Um den Bau solcher Wohnungen durch die Wohnungsbaugesellschaften zu fördern, wird der sog. Marktcheck, nach dem Wohnungsbaugesellschaften kommerzielle Aktivitäten nur dann ausführen dürfen, wenn sich dafür keine Marktakteure finden, für die gesamte Legislaturperiode ausgesetzt. Wir vereinfachen das Wohnungsbewertungssystem und das Verfahren für die Anrufung der Schlichtungsstelle für Mietsachen. Unbefristete Mietverträge bleiben die Norm.
- Durch **Einführung einer Meldepflicht, Registrierungspflicht oder Vermietungsgenehmigung**, insbesondere für größere Vermieter, bieten wir den Gemeinden die Möglichkeit, gezielter gegen Diskriminierung oder unseriöse Vermieter vorzugehen.

- Für Wohneinsteiger wird bei Beantragung eines Hypothekendarlehens künftig nicht mehr der ursprüngliche, sondern der **aktuelle Stand ihrer Studienschulden** berücksichtigt. Wir erleichtern es älteren Menschen, sich einen Teil des Werts ihres Eigenheims auszahlen zu lassen. Während dieser Legislaturperiode wird der Beleihungsauslauf nicht geändert.
- Die **erweiterte Befreiung von Wohneigentum von der Schenkungsteuer** wird abgeschafft.

## Verkehrsinfrastruktur

*Wir wollen eine gute Erreichbarkeit aller Ziele im ganzen Land gewährleisten. Die Transport- und Logistikbranche ist für die Niederlande von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Wir brauchen eine solide Verkehrsinfrastruktur, damit wir problemlos unsere Arbeitsplätze und Ausbildungsstätten erreichen und unsere Freunde und Verwandten besuchen können. Unsere Infrastruktur ist qualitativ hochwertig, in gutem Zustand, klimaresilient und dicht vernetzt. Sicherheit, Innovation und Nachhaltigkeit spielen dabei eine entscheidende Rolle. Darum gilt es, fortwährend in die Infrastruktur und in die Beseitigung eventueller Engpässe zu investieren.*

- Wir stellen **strukturell 1,25 Mrd. Euro** für die **Aufholung von Bewirtschaftungs- und Instandhaltungsrückständen an unseren Straßen, Bahnstrecken, Brücken, Straßenüberführungen und Wasserstraßen** sowie für deren Instandhaltung, Sanierung und künftigen Ersatzneubau zur Verfügung, auch mit Blick auf die Verkehrssicherheit.
- Die **Verkehrssicherheit** bleibt zudem ein Handlungsschwerpunkt unserer Politik. Zusammen mit den Gemeinden wird untersucht, wie innerhalb geschlossener Ortschaften die zulässige Höchstgeschwindigkeit sinnvoll auf 30 km/h herabgesetzt werden kann. Das Tempolimit auf anderen Straßen bleibt unverändert.
- Gemeinsam mit der Region prüfen wir, ob sich die dortigen Stauprobleme mit der von der Region vorgeschlagenen Alternative für den **Ausbau der A 27 bei Amelisweerd** in Form einer Lösung innerhalb des bestehenden Straßenquerschnitts gleichwertig lösen lassen. Dabei ist auch die Anbindung neuer Wohnsiedlungen in der Region (insbesondere Rijnenburg) durch hochwertige öffentliche Verkehrsverbindungen und Individualverkehr einzubeziehen. Wenn dies der Fall ist, wird der Vorschlag der Region übernommen; andernfalls wird das laufende Beschlussfassungsverfahren fortgesetzt.
- Wir reservieren Mittel für den künftigen Bau der **Lely-Linie** mit Kofinanzierung durch die Region und europäische Fonds. Zunächst untersuchen wir jedoch, inwiefern die Lely-Linie im Rahmen des »Deltaplans für den Norden« einen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaft in den Nordniederlanden, zur Anbindung neu zu entwickelnder Wohngebiete und zur Verbesserung der internationalen Bahnverbindungen nach Norddeutschland leisten kann.
- Wir investieren in den **Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur** für den öffentlichen Verkehr sowie für den Rad-, Personenkraft- und Schiffsverkehr, weil wir die Verbindungen zwischen Stadt und Umland verbessern und die Fahrtzeiten verkürzen wollen. Dabei konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Problempunkte aus der integrierten Mobilitätsanalyse 2021, auf die Verkehrsanbindung der Wirtschaftsregionen und auf Schnellstraßen.
- Auch die Neubauwohnungen in den 14 **Stadtentwicklungsgebieten** und ihrem Umfeld werden gut für den öffentlichen Verkehr, Rad- und Autoverkehr erschlossen. Dafür werden in den kommenden 10 Jahren insgesamt **7,5 Mrd. Euro** in den Mobilitätsfonds eingezahlt.

- Im Interesse einer nachhaltigen Anbindung der Niederlande an das internationale Schienennetz setzen wir uns für die Verbesserung der **grenzüberschreitenden (Nacht-)Zugverbindungen** über Hochgeschwindigkeits-Knotenpunkte im Ausland ein. Bei unseren Investitionen zu diesem Zweck nutzen wir auch europäische Mittel. Wir fördern die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene und das Wasser.
- Wir entwickeln **Umsteigezentren**, an denen Reisende dank einer individuellen multimodalen Reiseempfehlung problemlos zwischen Verkehrsträgern wie Auto und Fahrrad, Zug und U-Bahn wechseln und von Sharing-Angeboten Gebrauch machen können. Darüber hinaus wollen wir die Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln verbessern und barrierefreies Reisen fördern. Wir investieren in Fahrradabstellanlagen an Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs und in Fahrradstraßen. Damit das Pendeln zwischen Wohnung und Arbeitsstätte bezahlbar bleibt, wird die steuerfreie Reisekostenvergütung erhöht.
- Wir streben **gute Verbindungen für die Binnenschifffahrt** an, indem wir die Bedienung von Schleusen und beweglichen Brücken besser auf den Verkehrsfluss abstimmen und für gute Liegeplätze sorgen.
- Dank des Flughafens Amsterdam-Schiphol verfügen die Niederlande über ausgezeichnete Luftverkehrsbindungen in alle Welt. Der Flughafen leistet direkt und indirekt auch einen großen Beitrag zur Beschäftigung. Nicht zuletzt dank Schiphol sind die Niederlande ein interessanter Standort für international operierende Unternehmen. Diese starke Drehscheibenfunktion wollen wir erhalten.
- Zugleich müssen wir uns um eine **Begrenzung der negativen Auswirkungen des Luftverkehrs** auf Mensch, Natur und Umwelt bemühen. Der Flughafen sieht sich mit verschiedenen Herausforderungen bei den Themen Stickstoff, Ultrafein- und Feinstaub, Lärm, Qualität der Lebensumwelt, Sicherheit und Wohnungsbau konfrontiert. Dieser Umstand erfordert eine integrierte Lösung, die sowohl dem Flughafen selbst mit seiner Drehscheibenfunktion als auch den Anwohnern Sicherheit und Perspektiven bietet. Die Regierung wird hierzu – auch unter Berücksichtigung der Eröffnung des Flughafens Lelystad – 2022 eine Entscheidung treffen und dabei auch die Tiefflugkorridore in den Blick nehmen.
- Auch die **Luftfahrt muss einen Beitrag** zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten. Wir wollen Kurzstreckenflüge unattraktiver machen, um eine Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen, die über die Reduktionsziele des »Fit für 55«-Maßnahmenpakets hinausgeht.
- **Europäische Vereinbarungen** über eine gerechte Belastung des Luftverkehrs werden aktiv unterstützt. Dabei müssen innerhalb der EU sowie zwischen der EU und Drittländern faire Wettbewerbsbedingungen gewährleistet sein. Wir werden darauf hinwirken, dass Bahnreisen innerhalb Europas möglichst bald sowohl zeitlich als auch preislich eine interessante Alternative zum Flugverkehr werden.
- Auf nationaler Ebene führen wir eine Verpflichtung zur **Beimischung von Biokerosin** ein, und wir fördern die Herstellung von synthetischem Kerosin.

### 3. Sicherheit und starke Gesellschaft

*Ein Leben in Freiheit ist nur möglich, wenn die Sicherheit gewährleistet ist. Zu einer effektiven Sicherheitspolitik gehören Prävention und Repression gleichermaßen. Die rasch wachsende Brutalität der organisierten und gesellschaftszersetzenden Kriminalität wird immer mehr zu einer Bedrohung für den Rechtsstaat; ihr muss in den kommenden Jahren gezielt und entschlossen entgegengetreten werden. Zur Erhöhung der Sicherheit werden aufsteigend strukturell 1 Mrd. Euro für verschiedene Zwecke reserviert, darunter die Bekämpfung gesellschaftszersetzender Kriminalität, die Verstärkung der Polizeiorganisation, der Prävention, der Nachrichtendienste und des gesamten Justizwesens.*

#### *Justiz und Sicherheit*

- Wir **verstärken das gesamte Justizwesen und den Zugang zum Recht**, unter anderem durch eine adäquate und verlässliche Finanzierung der Akteure im Bereich des Strafrechts. Wir verstärken bei allen Strafrechtsakteuren die Kompetenz in puncto Bekämpfung der **Cyberkriminalität**. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Zuständigkeiten wird die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den kommunalen Ordnungskräften (BOAs) weiter professionalisiert.
- Die **Strafprozessordnung wird modernisiert**. Wir verkürzen die Bearbeitungszeiten in der Justiz und bauen Arbeitsrückstände ab. Wir schützen die Position von Opfern.
- Wir setzen verstärkt auf **gesellschaftlich effektive Rechtsprechung und Restorative Justice** und für niedrigschwellige alternative Angebote zur Beilegung von Streitigkeiten, eventuell gemeinsam mit Partnern aus dem sozialen Bereich, nach dem Vorbild der Konfliktregelung durch Nachbarschaftsrichter und der Mediation. Wir begrenzen die Zahl der Rechtsverfahren, die der Staat gegen Bürger führt. Wir setzen uns dafür ein, dass gerichtliche Entscheidungen häufiger veröffentlicht werden.
- Wir erweitern den **Zugang zum Recht für Bürger und KMU**, indem wir die Gerichtsgebühren um 25 Prozent senken. Wir verstärken die Rechtsberatung und -vertretung für Menschen mit geringem Einkommen im Einklang mit Szenario 1 aus den Empfehlungen der Van-der-Meer-Kommission. In diesem Zusammenhang wird ein wesentlicher gesellschaftlicher Beitrag der gesamten Anwaltschaft erwartet.

#### *Gesellschaftszersetzende Kriminalität*

- Die **gesellschaftszersetzende Kriminalität muss mit einem realistischen und effektiven Konzept entschlossen bekämpft werden**. Zu diesem Zweck stellen wir mehr Personal und deutlich mehr Mittel für den gesamten Justiz- und Sicherheitskomplex zur Verfügung: von den Kontaktbereichsbeamten und der Kriminalpolizei über Gerichte und Staatsanwaltschaften bis hin zu Gefängniswesen und Straffälligenhilfe. Damit setzen wir unter anderem den Pakt für den Rechtsstaat um.
- Das **Vorgehen gegen gesellschaftszersetzende Kriminalität wird verschärft** durch Änderungen in den Bereichen Rechtsvorschriften, Ermittlungstätigkeit, Bestrafung, Datenaustausch und Haft. Dabei berücksichtigen wir die Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Mafia in Italien. Es gilt zu verhindern, dass aus den Gefängnissen heraus Netzwerke dirigiert werden; in diesem Zusammenhang werden wir das Haftregime in Italien im Vergleich zu den Verhältnissen in der niederländischen Hochsicherheitseinrichtung (EBI) analysieren.
- Wir **verstärken die internationale Zusammenarbeit** mit dem Ziel, grenzüberschreitende Netzwerke auszuheben und frühzeitig neue Entwicklungen im Bereich der Kriminalität zu

erkennen. Wir verschärfen die Kontrollen mit dem Ziel, Betrug und Korruption an Logistikdrehscheiben zu bekämpfen.

- Die **nationale Kriminalpolizei** erhält ausreichend Personal und Mittel, um ihre Interventionsfähigkeit sicherzustellen.
- Die **Effektivität der Ermittlungen gegen Schwerkriminelle und ihrer strafrechtlichen Verfolgung wird erhöht**, zum Beispiel durch eine bessere Kronzeugenregelung und härtere Strafen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen in Form von verbotenen Waffenbesitz, von Gefangenenbefreiung sowie von illegaler Herstellung und illegalem Handel und Besitz von Drogen in großem Stil.
- Gegen die Geschäftsmodelle von Kriminellen wird entschlossener vorgegangen, indem die **Jagd nach kriminellen Geldern intensiviert wird**, etwa durch die Möglichkeit, kriminelles Vermögen zu konfiszieren, wenn eine Verurteilung nicht möglich ist. Wir ziehen kriminelles Vermögen ein und legen den Fokus stärker auf Finanzermittlungen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse mit dem Ziel, Geldströme zu stören. Gelder und kostbare Gegenstände, die von Personen eingezogen werden, die deren Besitz und Herkunft (steuerrechtlich) nicht erklären können, werden möglichst einem öffentlichen Zweck zugeführt, vorzugsweise in Stadtvierteln, die am stärksten unter der Kriminalität leiden.
- Unternehmen samt Geschäftsleitung, die **gesellschaftszersetzender Kriminalität Vorschub leisten**, Geldwäsche betreiben oder Umweltdelikte begehen, werden entschiedener verfolgt.
- Kriminalitätsbekämpfer, Journalisten, Richter, Anwälte, öffentliche Entscheidungsträger und andere Hüter des Rechtsstaats setzen sich für unsere Sicherheit ein, sind dabei aber selbst Gefahren ausgesetzt. Gewalt und Einschüchterungen nehmen zu. Deshalb wird das **Personen- und Objektschutzsystem** verbessert.
- Wir verteidigen **entschlossen die Pressefreiheit**; Journalisten müssen in Sicherheit und Freiheit ihrer wichtigen Arbeit nachgehen können. Wir setzen die Finanzierung des Fonds fort, der Mittel für die Gewährleistung der Sicherheit von freien Journalisten bereitstellt.
- Für eine angemessene Verbrechensbekämpfung ist es wichtig, dass verschiedene Akteure (auf lokaler Ebene) **besser miteinander zusammenarbeiten und Daten austauschen können**. Außerdem sorgen wir für hinreichende Kapazitäten und Expertise, damit die Aufgaben besser ausgeführt werden können. Wir sorgen dafür, dass die Grundlagen für den genannten Datenaustausch mit den geeigneten Garantien wie Zweckbindung und Verhältnismäßigkeit im Gesetz verankert werden und dass eine adäquate Kontrolle sichergestellt ist.

#### *Prävention*

- Um zu **verhindern, dass junge Menschen in die Kriminalität abrutschen**, werden mehr (Jugend-)Kontaktbereichsbeamte eingesetzt und es wird ein **breitangelegtes, themenübergreifendes Konzept** zur Förderung von Lebensqualität und Sicherheit in den Stadtvierteln formuliert. Wir erfüllen die gesetzliche Norm von mindestens einem Kontaktbereichsbeamten pro 5000 Einwohner. Polizei und Justiz müssen das Rückgrat eines Stadtviertelkonzepts sein, das benachteiligte Stadtviertel gegen gesellschaftszersetzende Kriminalität widerstandsfähig macht, indem es Sicherheits- und soziale Aspekte kombiniert und einen Ausweg aus der (Drogen-)Kriminalität Richtung Arbeit oder Ausbildung aufzeigt. Bei der Ausarbeitung eines solchen Konzepts wird das von den Kommunen befürwortete Mehrjahresprogramm zur Lebensqualität und Sicherheit mit einbezogen.

- Mit einem **umfassenden Präventionskonzept**, bei dem unter anderem mehr Jugendbetreuer eine Rolle spielen, verhindern wir, dass junge Menschen in die Kriminalität abrutschen oder nach einem Delikt immer wieder rückfällig werden. Dabei setzen wir unter anderem auf die frühzeitige Erkennung von Anfälligkeiten und die Nutzung bewährter Methoden.
- **Polizei und Gesundheitsämter (GGD) werden intensiver zusammenarbeiten** und sorgen dafür, dass verwirrte Menschen individuelle Betreuung erhalten und nicht ohne Not aufgegriffen werden.
- Zur Vermeidung von **Rückfällen** bemühen wir uns weiter um mehr Maßarbeit im Haftregime, wobei der Wiedereingliederung in die Gesellschaft eine wichtige Rolle zukommt. Wir unterstützen Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im Gefängnis, und wir setzen uns dafür ein, dass ehemalige Gefangene Wohnraum bekommen.

#### *Drogen*

- Im Rahmen der Anstrengungen gegen problematischen Drogenkonsum setzen wir verstärkt auf ein **Konzept der aktiven und effektiven Prävention**, das insbesondere dem Schutz gefährdeter Jugendlicher dienen soll.
- Die **Experimente mit einer geschlossenen Coffeeshopkette** auf der Grundlage des einschlägigen Gesetzes werden fortgesetzt und auf eine weitere Großstadt ausgedehnt. In Kürze werden Kriterien zur Beurteilung der Ergebnisse der Experimente in den Bereichen Kriminalität, öffentliche Gesundheit und Prävention festgelegt. Die Stellungnahme der Regierung zum Evaluierungsbericht über die Experimente wird beiden Kammern des Parlaments 2024 zugesandt. Das Ergebnis der Experimente gibt die weitere Richtung vor. Noch bevor der Evaluierungsbericht vorliegt, werden, auch auf der Grundlage von Zwischenauswertungen, juristische und praktische Vorbereitungen getroffen, um nach Beendigung der Experimente möglichst umgehend im Sinne der Ergebnisse handeln zu können.
- Es wird eine staatliche Kommission eingerichtet, die den **Status von Ecstasy (MDMA)** mit Blick auf die öffentliche Gesundheit untersucht und Empfehlungen in Bezug auf die Vor- und Nachteile eines medizinischen Einsatzes abgibt, einschließlich einer multidisziplinären Analyse im Hinblick auf Gesundheitsrisiken, Prävention, den europäischen Kontext und relevante internationale Übereinkünfte.

#### *Radikalisierung und Extremismus*

- Wir schützen die Gesellschaft vor der Bedrohung durch **alle Formen von Radikalisierung und Hetze**, vom Dschihadismus bis hin zu Links- und Rechtsextremismus. Außerdem müssen wir uns mehr mit der zersetzenden Wirkung von staatsfeindlichen und antidemokratischen Haltungen und Desinformationsaktivitäten auseinandersetzen. Zu deren Bekämpfung setzen wir auf Prävention, Beobachtung, Ermittlungen, Verfolgung und harte Strafen. Dazu braucht es eine widerstandsfähige Gesellschaft, Präsenz in benachteiligten Stadtvierteln und robuste nachrichtendienstliche und Sicherheitsstrukturen. Die Höchststrafe für die Beteiligung an einer terroristischen Organisation wird auf 20 Jahre heraufgesetzt.
- Der in der letzten Legislaturperiode eingeschlagene Weg in Bezug auf **ausgereiste IS-Anhänger** wird fortgesetzt. Das Gesetz vom 25. November 2015 betreffend dauerhafte Überwachung, Verhaltensbeeinflussung und Freiheitsbeschränkung wird um Bestimmungen zu terroristischen Verbrechen ergänzt.

### *Menschenhandel/Prostitution*

- Die Bekämpfung des Menschenhandels hat weiterhin Priorität. Deshalb setzen wir den **Aktionsplan Gemeinsam gegen Menschenhandel** fort.
- Menschenhandel stellt eine schwere Verletzung der Menschenwürde dar. Deshalb sagen wir der Ausbeutung den Kampf an, und wir erweitern den Zugang zu Hilfe. Artikel 273f Strafgesetzbuch wird modernisiert, damit Täter besser verfolgt werden können.
- **Wir verbessern die Hilfe für alle Sexarbeitenden.** Ausstiegsprogramme werden erweitert und erhalten dauerhaften Charakter. Teilnehmer können auf Antrag eine Dringlichkeitsbescheinigung für die Zuweisung einer Wohnung in räumlicher Entfernung zur bisherigen Unterkunft erhalten. Wir stärken die Rechtsstellung von Sexarbeitenden, unter anderem durch den Zugang zu Versicherungen, Geschäftskonten und anderen Finanzdienstleistungen.
- **Wir führen das Gesetz über die Regulierung der Sexarbeit ein,** das im Kern eine landesweite Genehmigungspflicht und ein landesweites Register vorsieht. Dabei berücksichtigen wir die Stellungnahme des Staatsrates zu dem Gesetzentwurf mit Blick auf das Genehmigungsgespräch und die Position von Finanzdienstleistern, Sicherheitskräften, Beförderern und Vermietern im Zusammenhang mit dem Zuhälterverbot. Wir streichen das Verwaltungsbußgeld für Sexarbeitende, damit auch Sexarbeitende ohne Genehmigung keine Hemmungen zu haben brauchen, Hilfe und Beratung in Anspruch zu nehmen, und wir streichen in dem Gesetz auch die Strafbarkeit für Kunden, die Missstände melden oder anzeigen.

## 4. Existenzsicherheit und Chancengleichheit

### *Bildung und Entwicklung*

*Allen Einwohnern der Niederlande soll eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Dafür müssen wir allen Kindern, Jugendlichen, Schülern und Studierenden dieselben Chancen zur Entwicklung und Entfaltung bieten. Zu diesem Zweck wollen wir die Qualität des Bildungswesens stärken und so eine geeignete Grundlage dafür schaffen, dass jedes Kind lesen, schreiben und rechnen lernt und eine gute Bürgerbildung erhält. In diesem Kontext investieren wir außerdem in eine ausreichende Anzahl qualifizierter Lehrkräfte und Schulleiter. Wir verbessern die Chancengleichheit, indem wir in Kinderbetreuung, vor- und fröhlschulische Erziehung und ein ganzheitliches Schulkonzept investieren. Wir stärken den berufsbildenden sowie den wissenschaftlichen Unterricht. Und wir gewährleisten soziale Sicherheit und Gleichbehandlung.*

#### *Solides Fundament*

- Es wird ein »Masterplan« aufgelegt, der gewährleisten soll, dass jedes Kind lesen, schreiben und rechnen lernt. Wie im Nationalen Bildungsprogramm angekündigt, kommen Unterrichtsmethoden zum Einsatz, die ihre Effektivität bereits unter Beweis gestellt haben. Wir wollen sichtbare Verbesserungen auf dem Gebiet der **Unterrichtsqualität im Allgemeinen und der Basiskompetenzen im Besonderen** erzielen. Wir formulieren klarer, was wir von den Schulen erwarten, z. B. wenn es um die Lehrplanreform geht. Wir **richten den Fokus auf die Unterrichtsqualität** und greifen bei Schulen, die hinter den Erwartungen zurückbleiben, schneller ein. **Bürgerbildung** wird fester Bestandteil des Lehrplans und von qualifizierten Lehrkräften unterrichtet.
- Damit die Schulen diese Aufgaben übernehmen können, werden wir die **Investitionen nach dem Beispiel der Systematik für die Finanzmittel zur Reduzierung der Arbeitsbelastung möglichst direkt in die Schulen** fließen lassen. Die Schulen müssen ihrer Pflicht zur Rechenschaftslegung über den Einsatz und die Effektivität der Mittel künftig besser nachkommen, ohne dass der Verwaltungsaufwand zunimmt. Wir stärken die Autonomie der Schulleiter und Lehrkräfte und fördern die Einbindung und Mitsprache der Eltern und Schüler.
- Wir integrieren den **weiterführenden Förderunterricht** schnellstmöglich in den weiterführenden Regelunterricht.
- Der **Praxisunterricht** ist eine vollwertige Unterrichtsform. Wir wirken auf eine Direktfinanzierung hin und berücksichtigen dabei die Studie zu diesem Thema, die das Kompetenzzentrum Berufsbildung und Arbeitsmarkt in Nimwegen derzeit durchführt.
- Insgesamt investieren wir strukturell 1. Mrd. Euro pro Jahr in die Verbesserung der **Unterrichtsqualität**.

### *Erhöhung der Chancengleichheit*

- Wir sorgen für **einen guten Start für die Kinder in der professionellen Kinderbetreuung**, bei dem die Entwicklung des Kindes im Mittelpunkt steht. So erleichtern wir es den Eltern, berufstätig zu sein. Der Kinderbetreuungszuschuss wird auf bis zu 95 Prozent für erwerbstätige Eltern von Kindern bis zu 12 Jahren erhöht. Der Zuschuss wird in absehbarer Zeit direkt an die Betreuungseinrichtungen ausgezahlt, damit Eltern nicht mehr mit der Rückforderung hoher Beträge konfrontiert werden. Auf der Grundlage der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und der Auswirkungen auf das Verhalten prüfen wir die Möglichkeit, den Zuschuss auf 100 Prozent zu erhöhen.
- Wir **verhindern Bildungsrückstände** zu Beginn der Schullaufbahn, indem wir die Teilnahme von Kindern mit Sprachdefiziten an der vor- und fröhschulischen Erziehung fördern, die Qualität verbessern und die Kohärenz zwischen Betreuung und Unterricht stärken. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes der Kommunen zur Bekämpfung der Armut in benachteiligten Stadtteilen **investieren wir in ein ganzheitliches Schulkonzept**, wobei die Schulen selbst festlegen, welche Schritte sie für eine Verbesserung der Chancengleichheit für erforderlich halten. Zu denken ist hier etwa an Hausaufgabenbetreuung sowie Sport- und Kulturangebote in Zusammenarbeit mit Vereinen und Bibliotheken vor Ort. Wir machen in jenen Schulen den Anfang, in denen die Not am größten ist.
- Wir spornen jeden Schüler zu bestmöglicher Entfaltung seiner Talente an. Dabei spielt es keine Rolle, ob ein Schüler Lerndefizite hat oder Klassenbester ist. Wir setzen auf die **strukturelle Stärkung von Schulen, an denen große Bildungsrückstände herrschen**. Chancengleichheit erfordert einen ungleichen Ansatz, damit jedes Kind bestmöglich gefördert wird.
- Wir verbessern den **Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen**. Wir setzen uns für integrierte und verlängerte Orientierungsstufen ein, in denen die Talente jedes Kindes berücksichtigt werden. Wir **fördern Schulformwechsel und Differenzierung**, damit Schüler optimale Chancen in weiterführenden Schulen haben. Wir schaffen Spielraum für individuell zugeschnittene Schulabschlüsse.
- Wir führen das **soziale Praktikum** fort und bauen es weiter aus, damit Jugendliche Erfahrungen in neuen Lebensbereichen sammeln, sich für die Gesellschaft einsetzen, neue Fertigkeiten entwickeln und neue Interessen entdecken können. Solche Praktika können im Rahmen von Projekten in den Bereichen Gesundheitswesen, Gemeinwohl, Sicherheit, Verteidigung, Sport, Natur und Klima absolviert werden.
- Wir setzen das **Konzept für die Verbesserung des Förderunterrichts** fort und streben inklusiven Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung oder Krankheit an.
- Wir eliminieren **unnötigen Schulabsentismus**, indem wir jedem Kind eine geeignete Unterrichtsform bieten, unter anderem durch die Möglichkeiten, die die Digitale Schule bietet.
- Wir investieren strukturell 1. Mrd. Euro pro Jahr in die Erhöhung der Chancengleichheit (einschließlich soziales Praktikum).

### *In gute Lehrkräfte und Schulleiter investieren*

- Zur Verbesserung der Unterrichtsqualität in den Niederlanden investieren wir in eine ausreichende Anzahl qualifizierter **Lehrkräfte und Schulleiter**. Dafür stellen wir strukturell 800 Mrd. Euro pro Jahr bereit.

- Wir streben eine **Stärkung der Qualität der Lehrerausbildung** an, bei der der Fokus auf den Aspekten effektive Fachdidaktik, Spezialisierung auf jüngere oder ältere Kinder, digitale Kompetenzen und Förderunterricht liegt. Wir erhöhen den Zustrom akademischer Quereinsteiger.
- Wir räumen der **Aus- und Fortbildung Priorität ein** und fördern die professionelle Entwicklung. Wir unterstützen Berufsanfänger und flexibilisieren und optimieren die Ausbildung für Quereinsteiger.
- Im Kontext des **Lehrkräftemangels** fördern wir die Aufstockung der vertraglichen Arbeitszeit.
- Wir **beseitigen die Lohnunterschiede zwischen Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen** und wirken auf einen einheitlichen Tarifvertrag für Lehrkräfte und Schulleiter in der Primar- und Sekundarstufe hin. Wir **verbessern die Beschäftigungsbedingungen** für das Personal an Schulen, an denen große Bildungsrückstände herrschen.
- Wir **stärken die Stellung und Qualifikation von Schulleitern**, damit in jeder Schule eine Kultur des Lernens entsteht, durch die sich die Unterrichtsqualität für jedes Kind verbessert.
- Wir investieren in die **Verringerung der Arbeitsbelastung**, damit Schulen beispielsweise die Klassen verkleinern oder mehr Lehrkräfte oder Betreuer in den Klassen einsetzen können. Zur Verringerung der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte sowie zur Verbesserung der Unterrichtsqualität fördern wir die Nutzung digitaler Hilfsmittel.

#### *Stärkung des berufsbildenden Unterrichts*

- Wir fördern das Angebot **arbeitsmarktrelevanter Berufsausbildungen in technischen Fachschulen und kleineren Berufsschulen**. Wir erhalten ein größtmögliches Angebot an dezentralen Berufsausbildungen. Wir stärken die Chancen, indem wir Schwellen abbauen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems fördern.
- Öffentlicher Sektor, Bildungseinrichtungen und Unternehmen schließen einen Pakt, damit jeder Berufsschüler einen **Praktikumsplatz findet und eine angemessene Vergütung** erhält. Wir bekämpfen jede Form der Diskriminierung bei der Vergabe von Praktikumsplätzen.
- Wir erhöhen die Qualität, indem wir zur Vermittlung von **Grundfertigkeiten und Bürgerbildung** qualifizierte Lehrkräfte einsetzen und mehr Möglichkeiten für Unterricht durch Gastdozenten aus der Praxis bieten.
- Wir evaluieren schnellstmöglich die Vor- und Nachteile der verbindlichen Ausbildungszwischenempfehlung (BSA) im berufsbildenden Unterricht und beurteilen anschließend erneut den verbindlichen Teil der Empfehlung.
- Wir **stärken die regionalen Ausbildungszentren** als Einrichtungen, in denen auch für Erwachsene lebenslanges Lernen möglich ist und in denen Neuzuwanderer – auf der Grundlage des neuen Integrationsgesetzes – ab dem ersten Tag an Bildungs- und Integrationsmaßnahmen teilnehmen können.
- Wir fördern die **Gleichbehandlung** von Auszubildenden an Berufsschulen und Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten.

#### *Stärkung des Hochschulwesens*

- Jeder soll studieren können, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Vor diesem Hintergrund führen wir zum Studienjahr 2023/24 eine **Grundförderung für alle Studierenden** sowie eine **einkommensabhängige Zusatzförderung** ein. Dabei achten wir auf die Durchführbarkeit und die Tragfähigkeit des Systems der Studienfinanzierung. Die Studenten-Jahreskarte für den öffentlichen

Verkehr, die aktuellen Darlehenskonditionen und die Investitionen aus den Erträgen des Darlehenssystems in der Studienfinanzierung bleiben unverändert bestehen.

- Studierende, die unter das Darlehenssystem fielen und somit keine Grundförderung beziehen konnten, erhalten nach Wahl eine Entschädigung in Form einer **Ermäßigung ihrer Studienschulden oder eines Studien-Gutscheins für ein Anschlussstudium**. Dafür werden zusätzlich zu den bereits verfügbaren Mitteln für Studien-Gutscheine 1. Mrd. Euro bereitgestellt.
- Wir nehmen Kurs auf eine Wissensökonomie, wobei wir im Einklang mit der Lissabon-Strategie **in freie und unabhängige Forschung und Entwicklung investieren**. Dafür richten wir unter anderem einen **Fonds** ein, den wir **über einen Zeitraum von 10 Jahren mit insgesamt 5 Mrd. Euro ausstatten**. Wir verbessern die Berechenbarkeit der Mittelausstattung, indem wir die Fehlanreize für höhere Studentenzahlen abschaffen, die Basisfinanzierung überprüfen und erhöhen und ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Mitteln des Bildungsministeriums und den Mitteln anderer öffentlicher Einrichtungen realisieren. So entsteht mehr Spielraum für die Reduzierung der Arbeitsbelastung, das Anbieten unbefristeter Verträge und den Erhalt eines ausgewogenen Angebots in Regionen mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung.
- Sollte sich herausstellen, dass die vorhandenen und neuen Instrumente nicht ausreichen, um den starken Zustrom von **Studierenden** aus dem Ausland zu kontrollieren, prüfen wir, ob neue Instrumente entwickelt werden müssen.
- Mit Blick auf **kleine Studiengänge und Studienangebote auf dem Gebiet der niederländischen Sprache und Kultur** gilt, dass Universitäten zusammenarbeiten müssen, damit auch in Zukunft ein flächendeckendes und angemessenes Angebot gewährleistet ist. Wir sorgen dafür, dass alle Bachelorstudierenden an der gleichen Hochschule ihren Master machen können, wobei der bestehende Freiraum hinsichtlich der Modulwahl bestehen bleibt.
- Ausbildungsgänge mit Zulassungsbeschränkung müssen darlegen, inwiefern ihr **Auswahlverfahren** zum Inhalt der Ausbildung passt, effektiv ist und die Chancengleichheit gewährleistet.
- Das Konzept der **verbindlichen Ausbildungszwischenempfehlung** (BSA) wird überarbeitet. Wer im ersten Studienjahr die BSA-Norm nicht erreicht, erhält im zweiten Jahr noch eine Chance. Wenn offensichtlich keine hinreichenden Fortschritte im Studium erzielt werden, hat die Einrichtung weiterhin die Möglichkeit, am Ende des ersten Jahres eine negative Empfehlung auszusprechen und den Studierenden dabei zu helfen, eine für sie persönlich besser geeignete Ausbildung zu finden. Mit dieser Änderung des BSA-Systems verringern wir außerdem den Druck, der auf den Studierenden lastet.
- Wir fördern den freien und sicheren Austausch von Ideen und **gewährleisten die akademische Freiheit** von Wissenschaftlern. Wir formulieren Rahmenbedingungen für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit unfreien Staaten. »Open Science« und »Open Education« werden die Norm, sofern die nationale Sicherheit dadurch nicht beeinträchtigt wird.

#### *Gewährleistung der sozialen Sicherheit und der Gleichbehandlung*

- Wir gewährleisten, dass die Schule ein **sicheres soziales Umfeld** für Schüler und Lehrer bietet, in dem **alle gleichbehandelt** werden. Die Aufsichtsbehörde für das Bildungswesen richtet den Fokus verstärkt auf den Aspekt des sicheren sozialen Umfelds. Sie erhält außerdem das Mandat, individuellen Beschwerden nachzugehen; gegebenenfalls kann sie auch Anzeige erstatten. Der Geltungsbereich der gesetzlichen Bestimmungen zur Sicherheit an Schulen wird auf die Lehrkräfte ausgeweitet.

- Wir sorgen dafür, dass auch Eltern angehört und unterstützt werden. Für Kinder und Eltern wird eine unabhängige **Meldestelle für Sicherheitsvorfälle und Mobbing** eingerichtet.
- Im Einklang mit dem Gesetz über den Ausbau des verwaltungsrechtlichen Instrumentariums im Bildungswesen (Wet uitbreiding bestuurlijk instrumentarium onderwijs) gehen wir entschlossen gegen Schulleitungen vor, die ihren Aufgaben nicht gerecht werden.
- Wir gewährleisten **Chancengleichheit bei der Anmeldung**; hier darf der sozioökonomische und kulturelle Hintergrund keine Rolle spielen.
- Eine **Differenzierung bei der Zulassung** aufgrund der Ausrichtung der Schule darf keine direkte Differenzierung aufgrund von Rasse, Staatsangehörigkeit, sexueller Orientierung oder Familienstand beinhalten. Eine Änderung von Artikel 23 der Verfassung ist somit nicht notwendig.
- Wir **greifen schneller ein**, wenn informelle Bildungseinrichtungen oder ihre Vertreter **gegen die Integration, gegen die Demokratie oder gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit handeln**. Wir erweitern das hierfür zur Verfügung stehende Instrumentarium und prüfen, wie es sich optimal anwenden lässt.
- Wenn eine Einrichtung nachweislich Praktiken anwendet, die den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zuwiderlaufen, stellen wir die Finanzierung ein.
- **Die Verwendung von Unterrichtsmaterialien, die antidemokratische oder den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit zuwiderlaufende Werte vermitteln, wird verboten.** Bei Beschwerden beurteilt die Aufsichtsbehörde für das Bildungswesen, ob die betreffenden Unterrichtsmaterialien gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen.
- Die **(Ko-)Finanzierung von Bildungseinrichtungen** durch Organisationen, die auf die Zersetzung unseres demokratischen Rechtsstaats abzielen, wird **explizit verboten**.

## **Arbeitsmarkt und Einkommen**

*Arbeitgeber und Unternehmer sichern die Vitalität unseres Landes und tragen maßgeblich zu unserem Wohlstand bei. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, auch dank der Flexibilität der Bürger und der Hilfspakete der Regierung. Zugleich ist die Kluft auf dem Arbeitsmarkt größer geworden, und das Niederländische Institut für Sozialforschung (SCP) hat errechnet, dass sich 28 Prozent der niederländischen Bevölkerung in einer schwierigen (finanziellen) Situation befinden. Darüber hinaus verändert sich unser Arbeitsalltag infolge der Digitalisierung, Robotisierung und Globalisierung. Das macht die Zukunft ungewiss, bietet aber auch neue Chancen.*

*Vor diesem Hintergrund beabsichtigen wir, den Arbeitsmarkt umfassend zu reformieren und so die Existenzsicherheit von Haushalten mit niedrigen und mittleren Einkommen zu verbessern und die Abgabenlast zu senken. Denn Erwerbstätigkeit muss sich lohnen, und es muss attraktiv bleiben, als Arbeitgeber und Unternehmer tätig zu sein, damit unser Wohlstand wächst und Personalknappheiten in kritischen Sektoren bewältigt werden können. Aufgrund des Personalmangels ist es auch für die Regierung eine Herausforderung, die Ziele dieses Koalitionsvertrags zu realisieren. Außerdem setzen wir die Bekämpfung von Armut und Verschuldung fort. Der Abschlussbericht der Kommission für die Arbeitsregulierung (Borstlap-Kommission) und das Kapitel »Arbeitsmarkt, Einkommensverteilung und Chancengleichheit« des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrats (SER) dienen als Leitfaden für die Gestaltung des Arbeitsmarkts der Zukunft.*

- Insgesamt investieren wir 500 Mio. Euro pro Jahr in die **Arbeitsmarktreform, die Wiedereingliederung und den Kampf gegen Armut und Verschuldung**. Außerdem stellen wir 300

Mio. Euro jährlich für Entlastungsmaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bereit.

- **Wir verringern die Unterschiede zwischen festen und flexiblen Arbeitsverhältnissen.** Zu viele Niederländer sind von befristeten Arbeitsverträgen abhängig. Das schafft Unsicherheit. Im Einklang mit dem SER-Gutachten werden Abrufarbeitsverträge, Leiharbeitsverträge und befristete Arbeitsverträge besser reguliert. Zur Verbesserung der internen Flexibilität und der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen wird in Abstimmung mit den Sozialpartnern eine haushaltsneutrale, durchführbare und bezahlbare Kurzarbeitsregelung erarbeitet.
- Wir wollen das bestehende System der **Zuschüsse und Zuschläge abschaffen**, damit die Bürger nicht mehr mit komplizierten Regelungen oder hohen Rückforderungen konfrontiert werden. Die ersten Schritte hierzu unternehmen wir in dieser Legislaturperiode. Darüber hinaus haben wir uns zum Ziel gesetzt, das **Steuersystem zu vereinfachen** und zu reformieren; auch hierfür werden nun Vorbereitungen getroffen.
- **Wir sorgen dafür, dass sich Arbeit mehr lohnt, und ergreifen Maßnahmen gegen die Armutsfalle.** Wir führen einen Mindeststundenlohn basierend auf der 36-Stunden-Woche ein (Gesetzentwurf der Abgeordneten Gijs van Dijk (PvdA) und Maatoug (GroenLinks), Parlamentsdrucksache 35335). Zur Erhöhung des Existenzminimums wird der Mindestlohn schrittweise um 7,5 Prozent angehoben und die Kopplung an die Sozialleistungen (mit Ausnahme der staatlichen Altersrente) beibehalten. Wir unterstützen ältere Menschen mit einem höheren Steuerfreibetrag.
- Zugleich **reformieren und vereinfachen wir die Wohngeldregelung**, indem wir die Mietobergrenze abschaffen und ein System von einkommensabhängigen Normmieten einführen. Die Reform ist so angelegt, dass sie für alle tragfähig ist, insbesondere auch für Geringstverdiener.
- Darüber hinaus realisieren wir **Steuer- und Abgabenerleichterungen in Höhe von 3 Mrd. Euro**, vor allem für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen, Erwerbstätige und Familien. Damit streben wir über diese Legislaturperiode hinaus eine ausgewogene und im Schnitt positive Kaufkraftsituation für alle Bürger an.
- **Klarheit für Selbständige.** Echte Selbständige werden unterstützt und unternehmerische Initiative wird gefördert. Die Weiterentwicklung des bestehenden Webmoduls kann dazu beitragen, dass Soloselbständige vorab Sicherheit über die Art des Beschäftigungsverhältnisses erhalten. Scheinselbständigkeit wird durch eine verbesserte Durchsetzung der Vorschriften im Falle eines vermuteten Arbeitsverhältnisses bekämpft. Es wird eine **Arbeitsunfähigkeitsversicherung für alle Selbständigen** eingeführt, die so ausgestaltet wird, dass unlauterer Wettbewerb und zu große Einkommensrisiken für Einzelpersonen vermieden werden. Damit tragen wir den Rahmenvorgaben des Rentenpakts Rechnung. Der Steuerfreibetrag für Selbständige wird ab 2023 schrittweise um jeweils 650 Euro bis auf 1200 Euro im Jahr 2030 gesenkt. Selbständige werden im Laufe dieser Legislaturperiode durch eine Erhöhung des Erwerbstätigenfreibetrags kompensiert.
- Trotz des großen Arbeitskräftemangels gibt es noch immer zu viele Menschen, die keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und im Abseits stehen. Vor diesem Hintergrund wollen wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit den Sozialpartnern, Kommunen und der Trägeranstalt für Arbeitnehmerversicherungen UWV **mehr Menschen in Arbeit bringen**. Darüber hinaus werden wir uns intensiver um die Wiedereingliederung arbeitsmarktferner Arbeitslose bemühen und die Zahl der Arbeitsplätze in geschützten Werkstätten erhöhen.
- Wir erweitern die Arbeitsmarktinfrastuktur, um **nach einem Arbeitsplatzverlust oder Leistungsbezug den Wechsel in eine neue Beschäftigung bzw. die Aufnahme einer Beschäftigung** zu unterstützen. Dazu werden unter anderem Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen

eingesetzt, die den Einstieg in Mangelberufe fördern. Dabei machen wir uns auch die Erfahrungen zunutze, die während der Coronakrise mit den regionalen Mobilitätsteams gesammelt wurden.

- Außerdem fördern wir mittels Bildungsgutscheinen die **ständige Weiterbildung**. Gemeinsam mit den Sozialpartnern wird die Möglichkeit der Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen mit Begleitung in ein Anschlussarbeitsverhältnis gemäß der Empfehlung aus dem SER-Gutachten näher ausgearbeitet.
- Wir ergreifen Maßnahmen zur **Verbesserung der Erwerbsbeteiligung und der Situation von Erwerbsunfähigen**. Darüber hinaus prüfen wir – in Abstimmung mit den Sozialpartnern –, wie **Härten im Gesetz über Arbeit und Einkommen nach Arbeitsfähigkeit (WIA)** auf praktisch durchführbare, bezahlbare und vertretbare Weise abgebaut werden können.
- Im Krankheitsfall steht die Genesung und Wiedereingliederung des Arbeitnehmers im Vordergrund. Mit dem Ziel, die **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall** besser zu regeln, wird im zweiten Krankheitsjahr – im Einklang mit dem SER-Gutachten – grundsätzlich eine Wiedereingliederung bei einem anderen Arbeitgeber und eine möglichst geringe Inanspruchnahme von WIA-Leistungen angestrebt.
- Die **Hinzuverdienstgrenzen im Arbeitsförderungsgesetz** werden erhöht. Gemeinsam mit den Kommunen sorgen wir dafür, dass Langzeitleistungsbezieher aktiv angesprochen, zur Arbeitssuche motiviert und dabei unterstützt werden. Es wird erwartet, dass sich die Leistungsbezieher aktiv daran beteiligen. Diese Arbeitsförderung erfolgt auf der Grundlage von Vertrauen, individueller Begleitung und unter Berücksichtigung der Talente und Einschränkungen des Einzelnen. Bei der Berechnung der Sozialhilfesätze werden Mitbewohner unter 27 Jahren nicht mehr bedarfsmindernd berücksichtigt.
- Für Eltern soll es **attraktiver werden, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren**. Deshalb erhöhen wir schrittweise den Kinderbetreuungszuschuss für erwerbstätige Eltern auf bis zu 95 Prozent. Wir setzen uns auch auf dem Arbeitsmarkt für Gendergleichheit ein, indem wir die Lohnfortzahlung im bezahlten Teil der Elternzeit auf 70 Prozent des Lohns erhöhen, Schwangerschaftsdiskriminierung bekämpfen und mehr Kontrollen im Hinblick auf Lohnunterschiede durchführen. Wir schaffen Anreize zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung, der Wochenarbeitszeit und des Frauenanteils in Führungspositionen.
- Wir setzen den **Rentenpakt** für eine gute und angemessene Rente für alle Generationen um.
- Wir setzen die **umfassende Bekämpfung von Armut und Schulden** entschlossen fort. Wir ergreifen Maßnahmen, um binnen vier Jahren die Zahl der Kinder, die in Armut aufwachsen, zu halbieren, und stützen uns dabei auf eine eindeutige, realistische und verhältnismäßige Definition von Armut. Wir **bewerten alle vier Jahre das Existenzminimum neu**, um beurteilen zu können, ob es für die Bestreitung des Lebensunterhalts und die gesellschaftliche Teilhabe ausreicht.
- Um **Schulden vorzubeugen oder sie rechtzeitig in den Griff zu bekommen**, setzen wir auf finanzielle Allgemeinbildung, Prävention und Früherkennung des Problems. Um zu verhindern, dass Menschen in eine Sackgasse geraten, dürfen Organisationen wie etwa Wohnungsbaugesellschaften – im Rahmen rechtlich verankerter Sicherheiten wie Zweckbindung und Verhältnismäßigkeit – Anhaltspunkte für Problemsituationen mit anderen Akteuren teilen. Wir erweitern die Möglichkeiten, finanzielle Rücklagen zu bilden.
- Die Kommunen bekommen mehr Handlungsspielraum, **funktionalen Analphabetismus** zu bekämpfen.
- Wir verkürzen die Dauer von Verfahren zur Schuldenregulierung und verbessern den Zugang zu den Maßnahmen nach dem Gesetz über Privatinsolvenzen (Wet schuldsanering natuurlijke

personen). Wir erweitern die Möglichkeiten, im Falle einer Überschuldung Vereinbarungen über eine Schuldensanierung zu treffen.

- Wir stellen **strengere Anforderungen an Betreuer** und bekämpfen die Summierung von Schulden, indem wir Höchstbeträge für Mahngebühren, Zinsen und Inkassokosten festlegen. Wir sorgen für eine bessere, verantwortungsbewusste Beitreibung öffentlicher Forderungen, die den Menschen im Blick behält. Wir gehen gegen den Forderungsverkauf als Geschäftsmodell vor.
- Die Regierung wird sich rasch mit dem Gutachten der Empfehlungskommission für die **Entschädigung niederländischer Bürger surinamischer Herkunft für den unvollständigen Aufbau von Rentenansprüchen** (Sylvester-Kommission) sowie mit den diesbezüglichen Erläuterungen des Staatsrates befassen und sich darüber mit der surinamischen Gemeinschaft und dem Abgeordnetenhaus beraten.

### ***Eine Gesellschaft, in der alle sie selbst sein können***

*Wir wollen, dass sich in den Niederlanden alle frei fühlen können. Frei, so zu sein, wie sie sind. Frei von Diskriminierung und Rassismus. Und frei, sich selbst zu entfalten. Es kommt noch zu oft vor, dass Menschen aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, Rasse, Alter, Glauben, sexueller Orientierung oder Behinderung weniger Chancen bekommen oder ausgeschlossen werden. Das ist nicht hinnehmbar. Deshalb verfolgen wir eine aktive Emanzipations- und Antidiskriminierungspolitik.*

- Eine demokratische Gesellschaft kann nur dann funktionieren, **wenn die Bedrohung der Freiheit anderer als rote Linie respektiert wird, alle an der Gesellschaft teilhaben können und Diskriminierung bekämpft wird**. Für Schwulenhass, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, sexuelle Ausbeutung (auch im Internet), Gewalt im Namen der Ehre, Genitalverstümmelung, Kinderehen, Zwangsverheiratung, Hetze und Gewalt gegen Andersdenkende und Minderheiten ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Wir gehen dagegen vor, unter anderem indem wir Online-Bedrohungen bekämpfen, Opfer schützen, zur Strafanzeige ermutigen und gegebenenfalls visumrechtliche Maßnahmen treffen.
- Eine wehrhafte Demokratie muss sich gegen Organisationen schützen, die den **demokratischen Rechtsstaat zersetzen** wollen, beispielsweise auf der Grundlage der aktuellen Änderung von Buch 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die am 1. Januar 2022 in Kraft tritt.
- Wir stärken die Stellung des Nationalen Koordinators gegen Rassismus und Diskriminierung, des Nationalen Koordinators für die Bekämpfung von Antisemitismus, des Kollegiums für die Menschenrechte, des Nationalen Ombudsmanns und der kommunalen Antidiskriminierungsstellen durch eine bessere Personal- und Mittelausstattung. Gemeinsam mit diesen Einrichtungen erstellen wir einen **Mehrjahresplan zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung, Hetze und Rassismus**.
- Mit Entschlossenheit **bekämpfen wir Frauenfeindlichkeit**, und zwar sowohl online als auch im Alltag. Wir bekämpfen häusliche Gewalt gegen Frauen, einschließlich sexueller Ausbeutung.
- Wir gehen mit Bußgeldern gegen **Organisationen** vor, **die sich der Diskriminierung oder des Rassismus schuldig machen**. Auch führen wir eine Meldepflicht für diskriminierende Anfragen ein, die an Wohnungs- und Immobilienmakler, Vermieter und Zeitarbeitsunternehmen gerichtet werden. Organisationen, die sich solcher Anfragen schuldig gemacht haben, können von staatlichen Beihilfen und öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Es wird untersucht, welche Möglichkeiten sich im öffentlichen Dienst für anonyme Bewerbungen und Open Hiring bieten.

- Für **institutionellen Rassismus** ist in unserer Gesellschaft kein Platz. Wir bekämpfen **Racial Profiling**; Behörden und Durchführungsstellen müssen hier mit gutem Beispiel vorangehen. Die Bereitschaft, Anzeige zu erstatten, soll weiter steigen. Zu diesem Zweck setzen wir Antidiskriminierungsermittler ein, und wir verstärken bei der Polizei das LSBTI-Netzwerk »Roze in Blauw«.
- Wir setzen uns weiter für die Akzeptanz, Sicherheit und Emanzipation der LSBTI-Gemeinschaft ein. Grundlage hierfür ist der **Regenbogenpakt**. Wir werden diesen Pakt sorgfältig mit Gesetzesinitiativen, Rechtsvorschriften und politischen Maßnahmen umsetzen.
- Wir beraten uns weiterhin über die Vorschläge für eine **gute Regelung der Leihmutterschaft** und beziehen dabei den Bericht der Kommission zur Untersuchung der Auslandsadoption in der Vergangenheit (Joustra-Kommission) mit ein.
- Menschen mit Behinderung müssen gleichwertig an der Gesellschaft teilhaben können. Deshalb **unterstützen wir die Aufnahme eines ausdrücklichen Verbots der Diskriminierung aufgrund einer Behinderung** in Artikel 1 der Verfassung. Wir wenden dies auch in der Praxis an; Barrierefreiheit wird hier zur Norm.

### **Teilhabe und Integration**

*In einer gerechten Gesellschaft darf die Herkunft eines Menschen niemals über dessen Zukunft entscheiden. Deshalb ist die Integration sowohl für die Betroffenen selbst als auch für die Gesellschaft insgesamt von entscheidender Bedeutung. Eine erfolgreiche Integration erfordert sowohl Eigeninitiative als auch eine Gesellschaft, die jedem die Chance bietet, seine Talente zu entfalten und teilzuhaben – durch Erlernen der Sprache, Arbeit, aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und Achtung der in unserer Verfassung verankerten Grundrechte und Grundfreiheiten.*

- Zur Förderung der Integration neuer Mitbürger **wird das Integrationsgesetz erneuert**. Dabei wird auch die Integrationspflicht für neue Mitbürger aus der Türkei wiedereingeführt. Es ist außerordentlich wichtig, dass Neuzuwanderer (Arbeitsmigranten, anerkannte Asylbewerber) sich möglichst schnell in die niederländische Gesellschaft integrieren. Dazu müssen beide Seiten ihren Beitrag leisten. Von den neuen Mitbürgern wird erwartet, dass sie sich um Bürgerbildung, Sprachkenntnisse und einen Arbeitsplatz bemühen. Asylbewerber mit Aussicht auf Gewährung eines Aufenthaltstitels erhalten ab dem ersten Tag Niederländischunterricht, und wir erleichtern es ihnen, einer (ehrenamtlichen) Arbeit nachzugehen.
- Neue Mitbürger werden ermutigt, sich bestmöglich zu entfalten. Das gilt auch für das Erlernen der Sprache. Ziel bleibt es, ein **möglichst hohes Sprachniveau** zu erreichen, vorzugsweise B1; mit den Kommunen werden Vereinbarungen über eine effektive und schnelle Behebung mangelnder Sprachkenntnisse von Zuwanderern getroffen. Wer diesen Anspruch noch nicht erfüllen kann, muss spätestens im Zuge einer eventuellen Einbürgerung versuchen, das B1-Niveau zu erreichen. Zu diesem Zweck untersucht die Regierung die Möglichkeiten für individuelle Fördermaßnahmen, wie sie auch zur Erreichung der für die Einbürgerung erforderlichen Sprachkenntnisse möglich sind.
- Für Mehrfachstaatsangehörige, die nur die niederländische Staatsangehörigkeit besitzen möchten, ihre andere(n) Staatsangehörigkeit(en) aber nicht aufgeben können, wird ein **privatrechtliches niederländisches Register über unerwünschte Staatsangehörigkeiten** eingerichtet.

- **Gesellschaftliche Initiativen** zur Integration neuer Mitbürger werden unterstützt. Damit die neuen Mitbürger die niederländische Gesellschaft kennenlernen können, bringen wir sie mit ehrenamtlichen Helfern und jungen Sozialpraktikanten in Kontakt.
- Von den neuen Mitbürgern erwarten wir, dass sie sich zu unserer Demokratie, unserem Rechtsstaat und unseren Grundrechten bekennen und unsere **Grundwerte achten**. Wir gehen mit aller Strenge gegen Gewalt im Namen der Ehre und die Freiheitsbeschränkung von Mädchen, Frauen und anderen gefährdeten Gruppen sowie gegen diejenigen vor, die sich derartiger Taten schuldig machen. In diesem Zusammenhang werden auch die Möglichkeiten erweitert, strafrechtlich gegen Mittäter vorzugehen. Wir beschützen Opfer von Zwangsheirat, Verschleppung und Genitalverstümmelung, z. B. mittels präventiver Schutzanordnung und eines Werbe-, Anstiftungs- und Durchführungsverbots für Hymenrekonstruktionen. Im Zusammenhang mit Gewalt im Namen der Ehre, Zwangsheirat und Genitalverstümmelung bei Frauen führen wir eine Meldepflicht für Mitarbeiter im Gesundheits- und Bildungswesen ein.
- Wir gehen gegen unerwünschte Einflussnahme und Finanzierung aus dem Ausland vor. Zu den **Maßnahmen gegen unerwünschte Einflussnahme** zählen unter anderem die Stärkung der Taskforce gegen Problemverhalten und unerwünschte Finanzierung aus dem Ausland (Parlamentsdrucksache 35228, Nr. 39) und die Beratung des Gesetzentwurfs zur Transparenz gesellschaftlicher Organisationen (Parlamentsdrucksache 35646).

## 5. Ein prosperierendes Land

### *Unternehmerische Initiative, Innovation und fairer Wettbewerb*

*Unternehmen und Unternehmer sind die Motoren unserer Wirtschaft, sie sind für unser Land unverzichtbar. Deshalb brauchen wir attraktive Standortbedingungen. Eine florierende Gesellschaft und Volkswirtschaft gibt es nur mit passionierten Start-ups, einem starken Mittelstand, unabhängigen Soloselbständigen und einer engagierten Privatwirtschaft. In den Niederlanden bündeln große und kleinere Unternehmen ihre Kräfte, um unsere künftige Wertschöpfungsfähigkeit zu steigern. Nur so können wir die Mittel aufbringen, die wir für Investitionen in unseren Wohlstand und unsere Daseinsvorsorge benötigen. Unser Leitbild ist eine Wirtschaft, die dem Menschen dient. Eine Wirtschaft, in der die Arbeitgeber eine dauerhafte Bindung mit ihren Mitarbeitern eingehen. Eine Wirtschaft, die sich durch unternehmerische Initiative, Innovation und fairen Wettbewerb kennzeichnet.*

- **Die Coronakrise hat die Unternehmen vor eine schwere Prüfung gestellt**, und ein Ende ist leider noch nicht in Sicht. Für finanziell gesunde Unternehmen, die durch die Pandemie in eine selbst nicht zu bewältigende Schuldenlage geraten sind, wird die Regierung Lösungen suchen.
- **Dieser Koalition ist der KMU-Sektor wichtig.** Die Wachstums- und Innovationsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen wird gestärkt und ihre unternehmerische Initiative gefördert. Das bedeutet, dass der Verwaltungsaufwand messbar reduziert wird, wobei im Gesetzgebungsverfahren mit einem KMU-Check geprüft wird, ob die geplanten Regeln auch für kleine und mittlere Unternehmen durchführbar sind. Darüber hinaus werden wir die Einstellung und dauerhafte Beschäftigung von Arbeitskräften vereinfachen, unnötige Hindernisse bei der Finanzierung beseitigen, die Finanzierungslücke schließen, Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsmaßnahmen unterstützen, die Position der Unternehmer im Insolvenzrecht verbessern und auf strategischere Weise die Möglichkeiten der öffentlichen Auftragsvergabe nutzen.
- **Wir stärken die Wirtschaft und die Standortattraktivität** und tragen mit einer klaren Strategie dazu bei, dass die niederländische Produktionsindustrie eine führende Rolle spielen kann. Dies tun wir, indem wir ein ausreichendes Angebot an qualifiziertem Personal gewährleisten und gegen den Mangel an technisch und praktisch geschulten Arbeitskräften vorgehen, aber auch, indem wir stabile und transparente Standortbedingungen für Unternehmen bieten und für gleiche Wettbewerbsbedingungen und den Schutz vor unfairer Konkurrenz aus dem außereuropäischen Ausland sorgen. Umgekehrt erwarten wir von den Unternehmen, dass sie selbst einen angemessenen Beitrag leisten und Rücksicht auf die Menschen und ihr Lebensumfeld nehmen. Wir streben nach strategischer Unabhängigkeit, indem wir unverzichtbare Halbfabrikate und Produkte in Europa herstellen, vitale Prozesse schützen und die Entstehung unerwünschter Kontrollverhältnisse in systemrelevanten Unternehmen verhindern.
- Mit Investitionen in Projekte auf dem Gebiet der Wissensentwicklung, Forschung, Entwicklung und Innovation führen wir den **Nationalen Wachstumsfonds** entschlossen fort. So steigern wir unsere Wertschöpfungsfähigkeit und unser längerfristiges Wirtschaftswachstum.
- **Öffentlich-private Partnerschaften** im Bereich Wissen und Innovation bleiben ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderungspolitik. Die Topsektorenpolitik wird fortgeführt. Wir erhöhen die öffentlichen Investitionen in Wissen und Innovation, indem wir einen Fonds für Wissenschaft und Forschung einrichten und die Wissens- und Innovationssäulen im Wachstumsfonds stärken.

- Belebte Einkaufsstraßen sind ein wichtiger Faktor der **Lebensqualität in Dörfern und Städten**. Die Regierung wird sich gemeinsam mit den nachgeordneten Gebietskörperschaften für die Bekämpfung des Leerstands einsetzen und die Zusammenarbeit zwischen Einzelhandel, Gastronomie und Kultur fördern. Der Tourismus wird zu einem vollwertigen Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik, wobei eine gleichmäßige Streuung angestrebt wird.
- Im Einzelhandel gestatten wir verantwortungsvoll betriebene **handelsgastronomische Mischformate**, wobei streng gegen einen eventuellen Alkoholmissbrauch vorgegangen wird.
- Die **Kontinuität von Familienunternehmen** wird unterstützt, indem die (faktische) Unternehmensnachfolge vereinfacht und fairer gestaltet wird. Zugleich wird einem Missbrauch der entsprechenden Regelung entgegengewirkt.
- Wir streben eine wissensbasierte Wirtschaft an, wobei wir im Einklang mit der Lissabon-Strategie **in Forschung und Entwicklung investieren**. Wir stärken die Basis unserer Kompetenzzentren und innovativen Ökosysteme, etwa des Raumfahrtclusters beim Europäischen Weltraumforschungs- und Technologiezentrum ESTEC, und regen sie dazu an, auf regionaler und internationaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wir unterstützen innovative Start-ups und Scale-ups und konzentrieren unsere zielorientierte Innovationspolitik auf drei große Transformationsbereiche: Klima und Energie, Digitalisierung und Schlüsseltechnologien sowie Kreislaufwirtschaft.
- Jede einzelne Region zählt. Wir führen die »Regio Deals« fort. Wir stärken unsere öffentlich-privaten Kooperationen, um das regionale Wirtschaftspotential voll auszuschöpfen. Zusammen mit der Brainport-Region entwickeln wir den Mainport-Status weiter. In der Rechtsetzung tragen wir der besonderen Situation der Grenzregionen Rechnung. Hierbei arbeiten wir mit Flandern und Wallonien, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zusammen, wobei wir bestehende Hindernisse angehen.
- Zur Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen wird das **soziale Unternehmertum** durch Einführung der Gesellschaftsform des Sozialunternehmens gefördert. Darüber hinaus werden klare Rahmenbedingungen für soziales Unternehmertum formuliert, die auch Anforderungen an die Berichterstattung umfassen. Mit einem angepassten Vorschlag für Nachhaltigkeitsinitiativen will die Regierung eine Ausnahme vom Wettbewerbsgesetz möglich machen.

## **Kultur und Kreativwirtschaft**

*Kultur spielt eine zentrale Rolle und ist eine Investition in unsere Gesellschaft. Die verbindende, inspirierende und anregende Kraft von Kunst und Kultur bringt Menschen zusammen, fordert sie heraus und bietet ihnen neue Perspektiven. Die Coronapandemie hat die Innovationsfähigkeit der Kulturbranche deutlich gemacht, aber auch ihre Verletzlichkeit zutage gefördert.*

- Mit **strukturellen Investitionen in Höhe von jährlich 170 Mio. Euro** tragen wir dazu bei, dass die Kultur- und Kreativwirtschaft sich erholen, sich erneuern und wieder wachsen kann.
- Dabei gilt auch der **Verbesserung der Arbeitsmarktposition** einschließlich einer fairen Entlohnung in allen Segmenten der Branche Aufmerksamkeit, von Medien über die Mode bis zur Musik. Wir fördern das Kulturunternehmertum.
- Es wird ein **Aufbauplan** ausgearbeitet, der sowohl den Kultur- und Kreativschaffenden als auch den Einrichtungen und Amateurvereinen wieder auf die Beine hilft und sie stärkt.
- Wir wollen die Kultur für alle zugänglich machen, unter anderem durch eine **gute regionale Streuung** im ganzen Land und durch zusätzliche Investitionen in die **kulturelle Teilhabe**.

- Wir wollen unserer **gemeinsamen Geschichte** mehr Aufmerksamkeit widmen. Darum wird die Regierung die Einrichtung eines Nationalen Historischen Museums und eines Sklavereimuseums finanziell unterstützen. Am Vorabend des Gedenkjahrs 2023 werden wir dem Dialog über die Sklavereivergangenheit der Niederlande und den Gegenwartsrassismus besondere Beachtung schenken.
- Wir fördern die **Musik- und Kulturerziehung in den Schulen**, unter anderem in Form von Museumsbesuchen.
- Wir wollen, dass **jede Gemeinde über eine zukunftsorientierte Bibliothek oder vergleichbare Einrichtung** verfügt.
- Wir beziehen die **Kreativwirtschaft** in große gesellschaftliche Aufgaben ein.

## **Digitalisierung**

*Die digitale Revolution bietet unserer Gesellschaft und Wirtschaft enorme Chancen. Wir werden diese Chancen nutzen, indem wir die digitale Kompetenz, einen starken digitalen Binnenmarkt, eine moderne digitale Infrastruktur und eine ehrgeizige Zusammenarbeit im Bereich der technologischen Innovation fördern.*

*Zugleich hat die Digitalisierung jedoch eine Kluft verursacht und die Ungleichheit in unserer Gesellschaft verschärft. Außerdem birgt sie Risiken für unsere Sicherheit, den Rechtsstaat und die Demokratie, die Menschen- und Grundrechte sowie unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das erfordert klare Regeln, eine effektive Aufsicht und strategische Autonomie.*

- Wirtschaft und Wissenschaft, Start-ups, Scale-ups, Wissensallianzen und die Regierung bündeln ihre Kräfte, um die **Chancen, die uns die digitale Technologie bietet, gewinnbringend zu nutzen**. Wir fördern die Innovation und investieren in Chip- und Schlüsseltechnologien wie die künstliche Intelligenz und das Quantencomputing. Wir gehen auf europäischer Ebene gegen die Markt- und Datenmacht großer Technologie- und Plattformunternehmen vor, um die Wettbewerbsposition anderer Unternehmen zu stärken und den Datenschutz für die Bürger zu verbessern.
- Die Niederlande werden **digitale Drehscheibe** Europas; im gesamten Land wird ein robustes und sicheres Hochgeschwindigkeitsinternet installiert.
- Wir setzen uns auf europäischer Ebene an vorderster Stelle für die **Intensivierung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Digitalisierung** ein, unter anderem im Bereich der humanzentrierten künstlichen Intelligenz, der digitalen Ethik, der Entwicklung einer digitalen Identität, der Cybersicherheit und von Open Source.
- Damit alle an der digitalen Gesellschaft teilhaben können, wird in den Schulen sowie durch Umschulungen und Fortbildungen die digitale Kompetenz gefördert. Mit einer öffentlich-privaten Strategie gehen wir gegen **digitalen Analphabetismus** vor, wobei wir die Zugänglichkeit elektronischer Behördendienste verbessern und den Fortbestand von Alternativen zur elektronischen Behördenkommunikation gewährleisten.
- Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Nachrichtendienste verbessern und ihre Kapazität erweitern, damit sie **neue und zunehmende digitale Bedrohungen und Angriffe** zuverlässig erkennen und bekämpfen können, wobei eine gute und effektive Aufsicht und die Wahrung der digitalen Bürgerrechte sichergestellt sein müssen.
- **Wir können unsere Unternehmen, unsere kritische Infrastruktur und unser Wirtschaftskapital besser schützen**, wenn wir eine zentralisierte, koordinierte und systematische Zusammenarbeit unter anderem zwischen dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC), dem Digital Trust

Center (DTC), Behörden, Unternehmen und Wissenschaftlern in Gang setzen. Diese Akteure können schneller und einfacher Informationen über Cybergefahren und Hackerangriffe austauschen.

- Cyberkriminalität, etwa in Form von Ransomware, kann zerstörerische Auswirkungen haben. Darum investieren wir in eine breitangelegte **mehnjährige Cybersicherheitsstrategie** und in die Förderung der Cyberkompetenz im Polizei- und Rechtswesen, bei der Staatsanwaltschaft und den Streitkräften.
- **Die Grundrechte der Bürger müssen auch online gewahrt sein.** Darum fördern wir die Sicherheit der digitalen Kommunikation; Gesichtserkennung darf nur in einem engen gesetzlichen Rahmen und mit strenger Kontrolle eingesetzt werden. Wir investieren in die Stärkung der Position der Datenschutzbehörde und verbessern die Zusammenarbeit und Kohärenz zwischen den verschiedenen Aufsichtsbehörden im digitalen Bereich. Wir führen eine gesetzliche Regelung ein, die Algorithmen auf Transparenz, Diskriminierung und Willkür überprüft. Diese Aufgabe übernimmt eine **Algorithmenaufsicht**. Die Behörden gehen mit gutem Beispiel voran, indem sie ausschließlich notwendige Daten erfassen und weitergeben, und die Regierung entwickelt Vorschriften zur Datenethik im öffentlichen Sektor. Wir geben den Bürgern eine **eigene Online-Identität** und gewährleisten, dass sie die Regie über ihre eigenen Daten behalten.
- Großen Plattformen wird die Verantwortung zugewiesen, **Desinformation und Hetze** in ihren Medien zu bekämpfen. Wir schützen Kinder zusätzlich vor unangemessener Online-Werbung und Kindermarketing; sie bekommen das Recht, die Verfolgung ihrer Online-Aktivitäten und die Erstellung von Datenprofilen zu unterbinden.

## 6. Gesundheit

### Gesundheitsversorgung

*Die Gesundheit ist ein hohes Gut. Durch die Coronakrise ist uns das noch bewusster geworden. Jeder, ob jung oder alt, muss sicher sein können, jetzt und in Zukunft eine angemessene und bezahlbare Gesundheitsversorgung zu erhalten. Dazu braucht es Zusammenarbeit, Augenmerk für die Patienten und Raum für alle, die im Gesundheitswesen arbeiten. In einer gesunden Gesellschaft übernehmen wir Verantwortung für uns selbst und für andere. Unser Gesundheitssystem basiert auf dem Solidaritätsprinzip; jeder, der Leistungen der Gesundheitsversorgung benötigt, muss Zugang dazu haben. Unsere Gesundheitsversorgung ist hochwertig, und das System an sich steht nicht zur Debatte, aber innerhalb des Systems sind Verbesserungen erforderlich. Die Menschen machen sich Sorgen, ob die Leistungen auch künftig noch erbracht werden können und für sie bezahlbar bleiben. Diese Sorgen müssen wir aufgreifen. Wenn es um das Thema Gesundheit geht, müssen wir unseren Blick weiten: auch Bildung, Sport, Wohnverhältnisse, Existenzsicherheit und das Lebensumfeld spielen eine Rolle. Menschen in prekären Lebensverhältnissen haben im Schnitt eine um sieben Jahre kürzere Lebenserwartung und verbringen fünfzehn Jahre mehr in schlechterer Gesundheit, und Kinder, die ungesund aufwachsen, sind anderen gegenüber oft im Rückstand. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Wir wollen, dass das Gesundheitswesen für alle bezahlbar, verfügbar und zugänglich bleibt. Das verlangt der Politik gute und entschlossene Entscheidungen und Reformen ab, die Zeit kosten und bei denen eine »angemessene Gesundheitsversorgung« die Norm ist.*

#### Coronakrise

- Wir ziehen Lehren aus der Coronakrise, wenn es um die Bedeutung der Zusammenarbeit, einen ganzheitlichen Ansatz und neue (digitale) Arbeitsformen geht, und wir bereiten uns auf künftige Gesundheitskrisen vor, indem wir die **Pandemiebereitschaft verstärken**. Das bedeutet, dass wir (auf europäischer Ebene) unter anderem Unabhängigkeit in Bezug auf Arznei- und Hilfsmittel, die Sicherstellung der öffentlichen Interessen und – in Zusammenarbeit mit Experten – die Bildung von Personalreserven anstreben. Außerdem wollen wir die Kapazität der Intensivstationen flexibel aufstocken und einsetzen, besonders was das Personal angeht. Darüber hinaus verstärken wir das öffentliche Gesundheitswesen.
- Die Coronapandemie hat dem Gesundheitswesen das Äußerste abverlangt und tut es noch immer. Die Arbeitsbelastung, der Krankenstand und der Personalmangel haben sich durch die Krise noch weiter erhöht. **Es muss attraktiver werden, im Gesundheitswesen zu arbeiten**. Darum wurden die Gehälter erhöht. Außerdem erfordert dies gute Arbeitgeberpraxis, unter anderem in Form von gezielten Verbesserungen in puncto Leistungsanerkennung und bei den Zeitzuschlägen. Unterstützt wird dies durch einen Ausbildungspakt für die Altenheim-, Pflegeheim- und Hauspflegebranche. Wir sorgen für mehr Mitsprache, Deregulierung, gute Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und für eine bessere Kooperation zwischen (in-)formellen Anbietern von Gesundheitsleistungen. Und es muss sich für die Beschäftigten im Gesundheitswesen lohnen, mehr zu arbeiten.
- Wir werden prüfen, ob ein **Chief Medical Officer**, der aus der fachlichen Warte heraus agiert, einen Beitrag zu einer besseren öffentlichen Gesundheitsfürsorge leisten kann.

### *Prävention, Sport und Bewegung*

- Wir wollen den Fokus verstärkt auf Prävention und einen gesunden Lebensstil schon im Kindesalter richten. Kinder, die ungesund aufwachsen, sind anderen gegenüber oft im Rückstand. **Deshalb werden wir gegen vermeidbare gesundheitliche Ungleichheiten vorgehen.** Wir halten an den Zielen des **Präventionspakts** fest – für eine gesunde Generation im Jahr 2040. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Förderung der Kinder- und Jugendgesundheit durch Sport, Ernährung und Bewegung. Hierzu bedarf es eines breiten Ansatzes, der Anreize für gesunde und gegen ungesunde Entscheidungen setzt, ohne die Wahlfreiheit der Menschen einzuschränken.
- Im Interesse der Gesundheit **fördern wir Sport und Bewegung.** Ein gesundes Leben beginnt im Sportverein. Deshalb unterstützen wir Sportvereine, damit sie wieder für ihre Mitglieder da sein können, sobald es möglich ist.
- Wir erweitern den Präventionspakt um den Aspekt **mentale Resilienz.**
- Wir erhöhen die **Steuer auf zuckerhaltige Getränke** und die Tabaksteuer. Wir treffen verbindliche Vereinbarungen mit der Industrie über gesündere Nahrungsmittel. Wir werden prüfen, wie wir mittelfristig eine Zuckersteuer einführen und die Mehrwertsteuer auf Obst und Gemüse auf 0 Prozent senken können.
- Wir stellen zusätzliche Mittel für die **Erforschung und Bekämpfung von Alzheimer, Adipositas und Krebs bei Kindern und Erwachsenen** bereit.
- Um mehr über die (gesellschaftlichen) Folgen von Suchterkrankungen in Erfahrung zu bringen, berufen wir einen **Nationalen Suchtbeauftragten**, der regelmäßig über den Umfang und die Entwicklung der Suchtproblematik Bericht erstattet.

### *Gesundheitssystem («Cure» und «Care»)*

- Eine **angemessene Gesundheitsversorgung** ist die Norm. Das bedeutet, dass Behandlungen nachweislich effektiv sein müssen und Überbehandlungen zu vermeiden sind. Und es bedeutet auch, dass die Leistung auf die Gesundheit, die Funktionsfähigkeit und die Lebensqualität ausgerichtet ist, dass Patient und Leistungserbringer gemeinsam über die Behandlung entscheiden und dass die Leistung am richtigen Ort erbracht wird. Gängige, wenig komplexe Leistungen sind für alle in der näheren Umgebung verfügbar, während komplexe Leistungen, die selten nachgefragt werden, in spezialisierten Zentren erbracht werden. Aufsichtsbehörden und Durchführungsstellen werden befähigt, diesen Prozess adäquat zu steuern. Wir verbessern und erweitern die Beurteilung des Basisleistungspakets anhand der Norm der »angemessenen Gesundheitsversorgung«. Außerdem überprüfen wir die (Kosten-)Effektivität des Gesetzes über Langzeitpflege (Wet langdurige zorg/Wlz), des Jugendgesetzes (Jeugdwet) und des Gesetzes zur Förderung des selbständigen Wohnens und der gesellschaftlichen Teilhabe (Wet maatschappelijke ondersteuning/Wmo). »Angemessene Gesundheitsversorgung« bedeutet, dass in der Schwerpunktversorgung dieselben Leistungen nicht zu einem höheren Tarif abgerechnet werden können und dass die Rolle der Hausärzte gestärkt wird; sie müssen ausreichend Zeit und Kapazität haben.
- **Planbare Behandlungen und die Notfallversorgung müssen zukunftsfest gemacht werden.** Wir beauftragen die Nationale Gesundheitsbehörde (NZa) auf der Grundlage des Prinzips »angemessene Gesundheitsversorgung am richtigen Ort«, **Regionalübersichten** zu erstellen, die die Grundlage für eine Neuordnung der Versorgungslandschaft bilden können, bei der ein integriertes Angebot und eine bereichsübergreifende angemessene Gesundheitsversorgung für alle in den Niederlanden, unabhängig vom Wohnort, die Norm sind.

- Wir **verstärken kostendämpfende Maßnahmen in Bezug auf teure Arznei- und Hilfsmittel**; sie sollen zu fairen Preisen auf den Markt kommen. Wir streben, auch durch europäische Zusammenarbeit, Transparenz bei der Preisstruktur und den Preisverhandlungen an.
- Dank der Ausrichtung auf eine angemessene Gesundheitsversorgung und der Unterstützung der Hausärzte durch Versorgungsassistenten wird der Zustrom zur **psychischen Gesundheitsfürsorge (GGZ)** begrenzt, wodurch sich diese verstärkt um komplexe Fälle kümmern kann. Um eine Überlastung der Krisenbetreuung zu vermeiden, erwarten wir von allen GGZ-Fachkräften, dass sie abends, nachts und an Wochenenden Bereitschaftsdienste übernehmen.
- Menschen müssen in ihrer vertrauten oder einer passenden anderen Umgebung **gesund altern können**. Das heißt unter anderem, dass wir auf mehr Seniorenwohnungen und andere altersgerechte Wohnformen, barrierefreie Wohnungen, informelle Pflege, digitale Pflege, Domotik und Sturzprävention setzen. Hier sind die Menschen auch selbst gefordert. Wir spornen Gemeinden an, frühzeitig auf möglicherweise vulnerable ältere Menschen zu achten und längeres selbständiges Wohnen zu unterstützen.
- Im Interesse einer zukunftsfesten Altenpflege werden **Wohnen und Pflege schrittweise voneinander getrennt**; davon geht ein zusätzlicher Anreiz für längeres selbständiges Wohnen aus. Das Augenmerk gilt dabei nachdrücklich innovativen Wohnformen und der Möglichkeit für alle, unabhängig vom Einkommen, zu erschwinglichen Kosten länger zu Hause wohnen und dort Pflegeleistungen in Anspruch nehmen zu können.
- Menschen mit einer Behinderung haben für die Gesellschaft ein großes Potential, für dessen Mobilisierung sie zum Teil praktische Unterstützung brauchen. Wir investieren weiter in die Behindertenhilfe und setzen die guten Initiativen aus dem **Programm Ungehinderte Teilhabe** (Programma Onbeperkt Meedoen) fort. Das personengebundene Budget (PGB) ist nach wie vor ein geeignetes Mittel für den selbstbestimmten Einkauf von Gesundheitsdienstleistungen, wobei auch hier der Grundsatz der »angemessenen Gesundheitsversorgung« gelten muss.
- Gute, rechtzeitige und angemessene Jugendhilfe, in die das persönliche Umfeld eingebunden wird, verhindert, dass intensivere Hilfsmaßnahmen erforderlich werden. Wir definieren eindeutig, was wir unter **Jugendhilfe** verstehen, und die Gemeinden werden befähigt, die entsprechenden Leistungen zu erbringen. Leistungen der spezialistischen Jugendhilfe, darunter der psychischen Gesundheitsfürsorge, werden zentraler eingekauft. Das Zusammenwirken zwischen den Akteuren des Jugendschutzes wird verbessert, wobei der Schutz der Rechte des Kindes und der Familie im Mittelpunkt steht.
- **Jeder einzelne bleibt Eigentümer seiner eigenen Gesundheitsdaten**. Der Austausch von Daten und Informationen zwischen Patienten/Klienten und Leistungserbringern bzw. zwischen den Leistungserbringern untereinander wird im Einklang mit den Datenschutzvorschriften verbessert, wobei Vereinheitlichung erforderlich ist. Im Ergebnis soll eine gut funktionierende persönliche Online-Gesundheitsumgebung (PGO) stehen.
- **Wir gestalten den Selbstbehalt intelligenter und bezahlbarer**. Der Selbstbehalt muss nicht auf einmal gezahlt werden, sondern es wird eine Kostenbeteiligung je Behandlung bis zum Gesamthöchstbetrag von 385 Euro fällig. Zusätzlich wollen wir die Summierung von Eigenzahlungen monitoren und begrenzen, z. B. durch eine Höchstgrenze für die Zuzahlungen für Arzneimitteln.
- Der **Abonnementtarif** für Leistungen nach dem Gesetz zur Förderung des selbständigen Wohnens und der gesellschaftlichen Teilhabe (Wmo) hat zu einer Begrenzung der Summierung von Gesundheitskosten geführt, und er ist transparent und einfach in der Umsetzung. Dadurch, dass

immer häufiger Hilfe im Haushalt nachgefragt wird, steht die Verfügbarkeit von Leistungen nach dem Wmo-Gesetz jedoch unter Druck. Deshalb streben wir eine **angemessenere Zuzahlung zur Haushaltshilfe** an, für die landesweit die gleichen Normen gelten und die auch für Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen bezahlbar bleibt. So bleiben Hilfe und Unterstützung zugänglich.

- Ein Vertrag bildet die Grundlage für die Vereinbarungen zwischen Leistungsanbietern und Versicherern über eine angemessene Gesundheitsversorgung und die Bezahlbarkeit und Zweckmäßigkeit der Leistungen. Deshalb **verbessern wir den Kontrahierungsprozess**. Wenn die von nichtkontrahierten Anbietern bezogenen Leistungen im Bereich der psychischen Gesundheitsfürsorge und der Hauskrankenpflege nicht ausreichend abnehmen, wird das Vorgehen verschärft. Dabei wird an eine verpflichtende Qualitätsregistrierung und eine unabhängige Indikationsstellung gedacht. Sollten sich diese Maßnahmen als nicht effektiv genug erweisen, wird eine geringe Zuzahlung oder eine Senkung der Erstattung für Leistungen von nichtkontrahierten Anbietern erwogen. Die Wahlfreiheit der Patienten bleibt hiervon unberührt.
- Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die **Qualität** der erbrachten Gesundheitsleistungen **transparent zu machen** und **gegen nichtintegere Leistungsanbieter und Gesundheitsmanager vorzugehen**. Wir werden bei Betrug und zweckfremder Nutzung, z. B. von Immobilien, einschreiten, insbesondere dann, wenn die Leistungen grundlegenden Anforderungen nicht entsprechen. Außerdem werden wir (konkretere) Bedingungen für Gewinnausschüttungen formulieren mit dem Ziel, exzessive Entlohnungen durch Leistungsanbieter zu bekämpfen bzw. zu verhindern. Unter strengen Rahmenvorgaben besteht die Möglichkeit, für Investitionen in die Qualität des Gesundheitswesens auf Risikokapital zurückzugreifen.
- Für die Umstellung auf eine »angemessene Gesundheitsversorgung«, ein gutes Krankenhausmanagement und die Eindämmung von Fehlanreizen tragen auch die in Krankenhäusern von Fachärzten gegründeten Unternehmen (MSB) Verantwortung. **Wenn sich die Situation bei diesen Unternehmen binnen zwei Jahren nicht hinreichend verbessert, wird gesetzlich geregelt, dass alle Fachärzte in ein Beschäftigungsverhältnis mit dem Krankenhaus übernommen werden.** Die entsprechenden Vorschriften werden vorbereitet.
- Ein eigenes Zuhause ist für die wirtschaftliche Existenz jedes Menschen von elementarer Bedeutung. Unser Ziel ist es, **Obdachlosigkeit vorzubeugen**, die Wohnungslosenhilfe zu reformieren und Wohnmöglichkeiten mit adäquater Unterstützung für obdachlose und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen zu schaffen.

## **Medizinethische Fragen**

*Bei medizinethischen Fragen spielen verschiedene Werte eine Rolle, z. B. Selbstbestimmung, Schutzwürdigkeit des Lebens und wissenschaftlicher Fortschritt. In diesem Zusammenhang bedarf es einer sorgfältig und mit Respekt geführten Debatte, die sich auf verschiedene Elemente stützt, von einem breiten gesellschaftlichen Dialog über Empfehlungen des Gesundheitsrats und ethische Reflexionen bis hin zur Evaluierung der geltenden Rechtsvorschriften.*

*Integrierter Ansatz bei Schwangerschaft, Schwangerschaftsabbruch und Geburt*

*Leitprinzipien der Betreuung und Begleitung im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt sind die Gesundheit der Frau und des Kindes, die Selbstbestimmung der Frau sowie angemessene*

*Gesundheitsversorgung und Aufklärung. In den kommenden Jahren werden wir die integrierte Unterstützung bei Schwangerschaft, zur Gewährleistung eines guten Starts für Kinder und zur Vermeidung ungeplanter und ungewollter Schwangerschaften verbessern. Wir garantieren eine zugängliche medizinische Versorgung bei Schwangerschaftsabbrüchen und setzen uns angesichts der Belastung, die ein Abbruch darstellen kann, für eine bessere (Nach-)Betreuung und für die Senkung der Zahl der (Mehrfach-)Abbrüche ein.*

- Wir bieten Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Frauen in vulnerablen Situationen **Sexualaufklärung** an, bei der auf sicheren Sex, beiderseitige Zustimmung und auf die Folgen bzw. Möglichkeiten bei (ungewollten und unbeabsichtigten) Schwangerschaften eingegangen wird.
- Wir verschaffen uns einen besseren Einblick in die Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch, damit wir gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen angemessene Aufklärung und Betreuung anbieten können mit dem Ziel, **die Zahl der ungewollten und ungeplanten Schwangerschaften und der (Mehrfach-)Abbrüche zu senken**. Darum stellen wir vulnerablen Gruppen auch Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung.
- Wir stärken die **Rolle des Hausarztes** im Zusammenhang mit Schwangerschaften, damit er schwangeren Frauen gerade auch in schwierigen Situationen zusätzliche Hilfe bieten kann.
- **Über die bereits eingebrachten Initiativen zur Änderung des Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch (Wafz)** zur Verbesserung der Aufklärung und Unterstützung ungewollt schwangerer Frauen (Parlamentsdrucksache 35338), zur Legalisierung des medikamentösen Schwangerschaftsabbruchs durch den Hausarzt (34891) und zur Abschaffung der vorgeschriebenen Bedenkzeit vor dem Abbruch einer Schwangerschaft (35737) **entscheiden die Abgeordneten nach persönlicher Abwägung**.
- Wir **verbessern die Nachbetreuung** von Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch, der Freigabe des Kindes zur Adoption oder Pflege oder einer vertraulichen Geburt.
- Alle Frauen erhalten kostenlosen Zugang zum **nichtinvasiven Pränataltest (NIPT) und zur 20-Wochen-Ultraschalluntersuchung**. Im Rahmen des pränatalen Screenings muss genügend Zeit für Beratung, Reflexion und Aufklärung über die Möglichkeiten eines Lebens mit Behinderung vorgesehen werden.
- Wir verbessern die Aufklärung über Hilfe bei der Versorgung kranker oder frühgeborener Säuglinge und den Zugang zu den entsprechenden Angeboten, und wir unterstützen die Forschung zur Verbesserung der **neonatologischen Pflege**.
- Wir führen in allen Gemeinden das Programm **»Chancenreicher Start«** ein. Damit unterstützen wir Frauen und Neugeborene in den ersten 1000 Tagen, die für die Gesundheit, das Wohlbefinden und die spätere Entwicklung entscheidend sind.

#### *In Würde altern und sterben*

*Am Ende des Lebens, ob selbstbestimmt oder nicht, verdient jeder Mensch liebevolle Pflege. Wir alle wollen in Würde alt werden, aber nicht jeder erlebt dies so. Mit Respekt vor Unterschieden verbessern wir die Versorgung und Begleitung am (selbstbestimmten) Lebensende.*

- Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die Menschen **in Würde altern** können; dazu setzen wir vorrangig auf eine angemessene Altenpflege. Wir setzen das Bündnis gegen Einsamkeit (»Een tegen eenzaamheid«) fort. Darüber hinaus fördern wir die Begegnung zwischen jungen und alten Menschen, z. B. durch ein freiwilliges soziales Praktikum und durch Wohnprojekte, bei denen junge Menschen zu günstigen Mieten mit alten Menschen zusammenleben können.

- Wir verbessern die **fachliche Qualifikation von Ärzten** im Zusammenhang mit dem (selbstbestimmten) Lebensende, und wir setzen uns dafür ein, dass Arzt und Patient frühzeitig die Wünsche des Patienten mit Blick auf das Lebensende besprechen, damit dieser alle Optionen abwägen kann (»Advance Care Planning«).
- Auf der Grundlage der bevorstehenden **vierten Evaluierung des Gesetzes über die Kontrolle der Lebensbeendigung auf Verlangen und der Hilfe bei der Selbsttötung** werden wir den Unterschied zwischen Sterbehilfe und Palliativpflege besser klären. Wir verstärken die Palliativpflege einschließlich der Hospizbetreuung.
- Zum Thema **Lebensendebegleitung auf Verlangen für alte Menschen** herrschen in Gesellschaft und Politik unterschiedliche Auffassungen, und das gilt auch für diese Koalition. Alle Beteiligten werden eine persönliche Abwägung bezüglich der Initiative für ein Gesetz zur Prüfung der Lebensendebegleitung auf Verlangen für alte Menschen (Parlamentsdrucksache 35534) vornehmen.

#### *Embryonengesetz*

*In Fragen, die das Embryonengesetz betreffen, haben die Koalitionsparteien unterschiedliche Auffassungen. Dabei geht es um den Wunsch, schwere Krankheiten zu verhindern, und um die Schutzwürdigkeit des Lebens.*

- Auf der Grundlage der dritten Evaluierung des Gesetzes (2021) wird die Regierung **Teile des Embryonengesetzes ändern**; so wird unter anderem die Definition des Begriffs »Embryo« unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf dem Gebiet der embryoähnlichen Strukturen geändert, und es werden Regelungen zu zwei Typen von Mensch-Tier-Hybriden aufgenommen, die bisher nicht vom Embryonengesetz abgedeckt sind. Der Gesundheitsrat wird um eine Stellungnahme zu der Frage gebeten, inwieweit die Verlängerung der 14-Tage-Frist im Embryonengesetz wünschenswert und vertretbar ist. Außerdem beteiligen wir uns an der europäischen Debatte über die Keimbahnmodifikation.
- Die Fraktionen von D66 und VVD werden **zwei Gesetzentwürfe** ins Parlament einbringen. Im ersten Fall geht es um die genetische Präimplantationsdiagnostik bei Trägern schwerer Erbkrankheiten, die in nachfolgenden Generationen auftreten können. Im zweiten Fall werden mit dem Entwurf erste Schritte zur parlamentarischen Beratung eines Gesetzes unternommen, das unter Auflagen und nach Genehmigung der betreffenden Untersuchung durch die »Zentralkommission für Forschung am Menschen« (CCMO) das Verbot, Embryonen zu anderen Zwecken als zur Herbeiführung einer Schwangerschaft zu erzeugen, aufhebt. Die Initiatoren dieser Gesetzentwürfe werden umfassende Konsultationen vornehmen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigen.

## 7. Internationales Außenpolitik

*Wir leben in einer Welt sich verschiebender Machtverhältnisse mit Instabilität im Umfeld Europas. Angesichts der Haltung von Ländern wie China und Russland sowie der verstärkten Ausrichtung der USA auf Asien müssen wir unsere Freiheit, unsere Sicherheit und unseren Wohlstand aktiver schützen. Wir stehen vor großen globalen Herausforderungen, darunter Klimawandel, Pandemiebekämpfung, Migration, wirtschaftliche Erholung und Ungleichheit. Auch die internationale Rechtsordnung, die Menschenrechte und vulnerable Gruppen stehen mehr unter Druck. Deshalb bedarf es einer Vorreiterrolle des Königreichs der Niederlande und einer starken und handlungsfähigen EU. Europa bringt den Niederlanden Frieden, Sicherheit und Wohlstand. Außer einer Wirtschaftsgemeinschaft ist die EU auch eine Wertegemeinschaft. Die EU muss ein aktiver Spieler sein statt Spielball für andere Großmächte.*

### Europäische Union

- Die Niederlande übernehmen eine Führungsrolle, wenn es darum geht, die **EU handlungsfähiger, wirtschaftlich stärker, ökologischer und sicherer** zu machen. Sie arbeiten dabei intensiv mit gleichgesinnten Ländern zusammen und bilden mit ihnen wenn nötig Spitzengruppen, um beispielsweise in den Bereichen Klima, Migration, Sicherheit, Handel und Bekämpfung der Steuerumgehung Lösungen zustande zu bringen. EU-Richtlinien setzen wir um.
- Mitgliedstaaten, die gegen gemeinsame Werte, Vereinbarungen oder gegen den demokratischen Rechtsstaat verstoßen, werden zur Ordnung gerufen, u. a. über den **Rechtsstaatsmechanismus**.
- Wir setzen auf offene **strategische Autonomie der EU** und fördern die Innovationskraft und eine intelligente Industriepolitik. So setzen wir uns bei den Themen Digitalisierung und neue Technologien an die Spitze.
- Im Bereich der **EU-Außenpolitik** setzen wir uns dafür ein, das Vetorecht bei Sanktionen, Menschenrechtsverletzungen und zivilen Missionen abzuschaffen. Sodann werden wir prüfen, in welchen Bereichen dies sonst noch wünschenswert und realisierbar ist im Interesse von mehr Handlungsfähigkeit.
- Wir prüfen die Optionen für einen **Europäischen Sicherheitsrat** und machen konkrete Vorschläge.
- Wir setzen uns für eine Besteuerung digitaler Dienstleistungen, eine Luftverkehrsabgabe, eine CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsabgabe und einen Ertragsteuer-Mindestsatz ein, um unlauteren Wettbewerb zwischen Mitgliedstaaten zu vermeiden. Diese Abgaben werden grundsätzlich auf nationaler Ebene erhoben. Außerdem arbeiten wir mit anderen bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung zusammen.
- Wir setzen uns für eine **gesunde und umsichtige makroökonomische Politik** und die erforderlichen Reformen in den Mitgliedstaaten ein, deren Ziel ein tragfähiger Schuldenstand, mehr Wirtschaftswachstum und Aufwärtskonvergenz sind. Wir stehen einer Modernisierung des Stabilitäts- und Wachstumspakts konstruktiv gegenüber, sofern sie auf die Tragfähigkeit des Schuldenstands und eine wirtschaftliche Aufwärtskonvergenz ausgerichtet ist. Hiermit verbinden wir die Forderung nach effektiver Durchsetzung.
- Um die **demokratische Legitimität** zu erhöhen, wollen wir, dass das Europäische Parlament den Rücktritt eines einzelnen EU-Kommissars herbeiführen kann. Wir werden untersuchen, wie sich das Spitzenkandidaten-System bei Europawahlen verbessern lässt. Auf der Grundlage der

Ergebnisse der Konferenz über die Zukunft Europas sind wir offen für Vertragsänderungen, sofern diese im niederländischen und europäischen Interesse liegen.

- Wir setzen uns dafür ein, die **Entscheidungsprozesse in der EU** für Bürger und nationale Parlamente **transparenter** zu machen. Dabei wollen wir die Ergebnisse und den Mehrwert der EU-Politik sichtbar machen. Dies werden wir in einem Europagesetz verankern.
- In der EU setzen wir uns für eine **intensivere Zusammenarbeit mit den Ländern des Westlichen Balkans und für ihre Unterstützung** ein. Wenn es um den Beitritt geht, sind wir streng, aber gerecht.

#### *Auswärtige Angelegenheiten*

- Wir **gestalten die Außenpolitik entlang der folgenden fünf Leitlinien**: 1. Förderung der internationalen Zusammenarbeit über eine Vorreiterrolle in der EU und in multilateralen Organisationen, durch Stärkung der transatlantischen Bande und neue Partnerschaften; 2. mehr Fokus auf unsere internationalen Interessen; 3. Verringerung der Abhängigkeit in Bezug auf strategische Güter und Rohstoffe; 4. weiterhin Einsatz für die Achtung der Menschenrechte im Rahmen unserer Außenpolitik; 5. bessere und leichter zugängliche Dienstleistungen für Niederländer im Ausland (u. a. durch eine Stärkung des Netzes der Auslandsvertretungen).
- Wir setzen die **wirtschaftliche Macht der EU** strategisch ein, etwa indem wir Sanktionen verhängen, darunter möglicherweise auch extraterritoriale.
- **Militärmissionen** erfolgen im Einklang mit dem Völkerrecht und wenn möglich auf der Grundlage eines klaren Mandats des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, wobei wir die Lehren aus früheren Missionen mit einbeziehen.
- Im Rahmen der Bündnisverpflichtungen leisten wir einen Beitrag zu einer **atomwaffenfreien Welt**.
- **Wir bekämpfen die Einflussnahme aus dem Ausland**, unter anderem indem wir Spionage unter Strafe stellen. Nationale und internationale Sicherheit sind immer enger miteinander verflochten. Deshalb richten wir einen Nationalen Sicherheitsrat ein.
- Das **Staatsangehörigkeitsgesetz** verursacht in bestimmten Situationen unerwünschte Folgen. Wir ändern den Automatismus, durch den Niederländer mit mehreren Staatsangehörigkeiten nach zehnjährigem Aufenthalt außerhalb des EU-Gebiets die Staatsangehörigkeit verlieren, und erleichtern es ihnen, die niederländische Staatsangehörigkeit neben der anderen Staatsangehörigkeit zu behalten bzw. sie wiederzuerlangen, wenn sie sie am oder nach dem 1. April 2003 verloren haben.
- Die Niederlande werden, gemeinsam mit den betroffenen Ländern, weiter alles daransetzen, **Wahrheitsfindung, Gerechtigkeit und Rechenschaft im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Flug MH17** zu erreichen, unter anderem durch die Verfolgung und Verurteilung der Täter.
- Wir verurteilen und wenden uns gezielt gegen **Menschenrechtsverletzungen**. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei den größten Menschenrechtsverletzungen (wie Verbrechen gegen die Menschlichkeit), der Glaubensfreiheit (darunter das Thema Christenverfolgung), LSBTI und der Pressefreiheit. Die Beauftragten für bestimmte Themen wird es weiterhin geben. Wir verbessern die finanzielle Ausstattung des Menschenrechtsfonds.
- Die Niederlande prüfen gemeinsam mit einer repräsentativen Zahl von gleichgesinnten EU-Mitgliedstaaten die **Anerkennung von Völkermorden** und die Frage, unter welchen Bedingungen eine gemeinsame Anerkennung von Völkermorden erfolgen kann. Urteile internationaler Gerichts- oder Strafgerichtshöfe, wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Feststellungen des UN-Sicherheitsrats wiegen in diesem Zusammenhang schwer.

- Im **Nahost-Friedensprozess** setzen sich die Niederlande weiterhin für die Zweistaatenlösung und die Verbesserung der Beziehungen und der praktischen Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern ein.

### *Verteidigung*

- Wir investieren in dieser Legislaturperiode 10,7 Mrd. Euro in die Instandhaltung und in zusätzliche Verteidigungsausgaben. Strukturell stellen wir 3 Mrd. Euro mehr bereit.
- Eine **starke NATO** bleibt der Eckpfeiler unserer kollektiven Verteidigung. Allerdings werden europäische Länder Konflikte häufiger aus eigener Kraft lösen müssen. Wir **verstärken unsere Streitkräfte** und **erhöhen die Ausgaben** deutlich mit Blick auf die Erfüllung der drei verfassungsmäßigen Aufgaben und der internationalen Verpflichtungen.
- Wir stellen die Streitkräfte auf ein **solides Fundament**. Zu diesem Zweck modernisiert das Verteidigungsministerium das Entgeltsystem und die Personalpolitik und beseitigt Rückstände in den Bereichen Material, IT, Vorräte und medizinische Kapazitäten. Zur Erhöhung der Einsatzfähigkeit verstärken wir die Einsatzunterstützung (Combat Service Support) und legen mehr Einsatzvorräte an. Die Streitkräfte trennen sich von nicht mehr benötigten Immobilien; die verbleibenden Immobilien werden modernisiert und im Sinne der Nachhaltigkeit und unter Berücksichtigung regionaler Effekte umgerüstet.
- Wir investieren auf der Grundlage einer langjährigen Perspektive in **modernes Material** (einschließlich Digitalisierung, Innovation und benötigter neuer Kapazitäten).
- Wir **vertiefen die Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarländern**. Damit wir unsere Kernaufgaben weiterhin erfüllen können, leiten wir einen langjährigen Prozess der intensiven Zusammenarbeit und der Stärkung unserer Spezialisierungen ein. Damit erhöhen wir den qualitativen und quantitativen Status sowie die Effektivität unserer Streitkräfte. Ziele sind in diesem Zusammenhang gemeinsame Beschaffung, Erhöhung der Interoperabilität sowie weitere Schritte bei der Kooperation mit dem Deutschen Heer, indem wir Einheiten zusammenlegen. Auch bei der Instandhaltung arbeiten wir mit Nachbarländern zusammen.
- Im Rahmen der NATO konzentrieren die Niederlande sich stärker auf den **Schutz der eigenen Region**.
- Wir verstärken unsere Spezialisierungen auf den Gebieten **Cyber und Nachrichtendienste** in enger Abstimmung mit unseren wichtigsten Partnern.
- Auf EU-Ebene verstärken wir die Zusammenarbeit in Form **gemeinsamer Missionen und Übungen**, z. B. in den Bereichen Pirateriebekämpfung, Forschung und Entwicklung, militärische Mobilität, Cyber und Bekämpfung von Desinformation. Wir unterstützen die Entwicklung von EU-Battlegroups zu einer Rapid Deployment Capacity. Zu diesem Zweck wird das militärische Hauptquartier der EU verstärkt, wobei Doppelungen mit der NATO möglichst vermieden werden sollen.
- Zur Sicherung unserer **strategischen Unabhängigkeit** achten wir, im Rahmen der EU-Vorschriften, auf die Vitalität der Verteidigungsbranche in den Niederlanden und fairere europäische Wettbewerbsbedingungen.
- Die Niederlande spielen eine aktive Rolle bei der europäischen **Entwicklung von Verteidigungskapazitäten** und schließen sich zu diesem Zweck dem wachsenden Konsens zur gegenseitigen Anerkennung von Genehmigungen an.
- Bei **Regelungen für die gesamte staatliche Zentralverwaltung** berücksichtigen wir die besondere Position des Verteidigungsministeriums.

### *Außenhandel und Entwicklungszusammenarbeit*

- Die Niederlande verfolgen eine **aktive Handelspolitik**, für die Handels- und Investitionsabkommen (z.B. CETA) ein wichtiges Instrument sind. Bei solchen Abkommen streben wir hohe Standards für faire Erzeugung, Menschenrechte, Lebensmittelsicherheit, nachhaltiges Wachstum und Klimaschutz an.
- Gleichzeitig **schützen wir unsere Unternehmen vor unerwünschten Investitionen und unlauterem Wettbewerb**. Wir unterstützen Unternehmer und kleine und mittlere Unternehmen (KMU), damit sie weltweit erfolgreich sein können. Wir gestalten unsere Handelsinstrumente im Einklang mit den Abkommen von Paris und Glasgow ökologischer.
- Die Niederlande setzen sich in der EU für Rechtsvorschriften im Bereich der **internationalen Unternehmensverantwortung** ein und führen auf nationaler Ebene entsprechende Regelungen ein, bei denen auf gleiche Wettbewerbsbedingungen mit den Nachbarländern und die Umsetzung möglicher EU-Rechtsvorschriften geachtet wird.
- Wir sind bestrebt, die Beilegung von Streitigkeiten möglichst über den neuen **Schiedsgerichtshof** oder über nationale Institutionen zu regeln und zusätzliche Mechanismen transparent zu gestalten.
- Wir **erhöhen die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit** um strukturell 500 Mio. Euro in Annäherung an die internationale Norm und verwenden diese zusätzlichen Mittel für das globale Impfprogramm COVAX, die Unterstützung von Entwicklungsländern, die bei Eindämmungs- und Anpassungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Klimawandel ökologischer vorgehen wollen, sowie für die Aufnahme von Flüchtlingen in der Region (eventuell als Bestandteil umfassenderer Migrationsvereinbarungen).
- In der Entwicklungspolitik halten wir an der Fokussierung auf bestimmte Themenbereiche fest. So leisten wir einen **größeren Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele (SDG)** und zur Bekämpfung der Ursachen von Armut, Terror, Migration und Klimawandel. Für diese ehrgeizigen Ziele setzen wir uns gemeinsam mit nationalen Partnern, so auch der Zivilgesellschaft, und mit internationalen Partnern ein.
- Wir entwickeln eine **niederländische globale Gesundheitsstrategie** und setzen uns zum Ziel, HIV im Rahmen der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte (SRGR) und TBC bis 2030 auszumerzen.
- Wir formulieren eine **konkrete Afrikastrategie**. Ziel dieser Strategie wird es sein, eine gleichwertige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, Armut zu verringern, die Menschenrechtssituation zu verbessern und irreguläre Migration zu begrenzen.
- Ein Teil der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit bleibt für **Nothilfe** verfügbar, die beispielsweise über nationale Partner wie die Dutch Relief Alliance geleistet wird. Ein Teil der Nothilfemittel kann für die Erbringung von psychosozialer Hilfe genutzt werden.

### **Migration**

*Die Niederlande stehen für eine gerechte, humane und effektive Asyl- und Migrationspolitik. Wir wollen die Migration gut organisieren und besser steuern: wer darf einreisen, wer darf bleiben und wer muss zurückkehren? Die Migrationspolitik besteht aus zwei Säulen; die damit verbundenen Maßnahmen werden gleichzeitig und im Zusammenhang durchgeführt: Verbesserung und Verstärkung der legalen Migration und parallel dazu Beschränkung der irregulären Migration, Bekämpfung von*

*Ordnungsstörungen und Missbrauch sowie Förderung der Rückkehr bei unrechtmäßigem Aufenthalt. Unser Ziel ist es, die Migration möglichst strukturiert verlaufen zu lassen, unerwünschte Migrationsströme soweit es geht einzudämmen und den Rückhalt in der Gesellschaft für Migration zu erhalten und zu verstärken. Dabei handeln wir im Einklang mit internationalen Übereinkünften und EU-Rechtsvorschriften. In den kommenden Jahren braucht es hierzu (finanzielle) Unterstützung für die Aufnahme in der Region und eine effektivere und intelligenter Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union. Wir müssen aber auch unsere eigenen Hausaufgaben machen und sicherstellen, dass bei uns die Asylverfahren schneller und sorgfältiger durchgeführt werden, die Umsetzung konsistenter erfolgt, Ordnungsstörungen bekämpft werden und Schritte zur Integration früher eingeleitet bzw. die Rückkehr schneller durchgesetzt wird.*

#### *Arbeitsmigration*

- Demographische Entwicklungen, darunter die Migration, haben großen Einfluss beispielsweise auf den Arbeits- und den Wohnungsmarkt in den Niederlanden. Um **Migration besser steuern** und uns rechtzeitig auf Trends einstellen zu können, wollen wir die zu erwartende Arbeits-, Wissens- und Asilmigration regelmäßig neu bewerten. Eine Option könnte sein, nach deutschem Vorbild mit einem **von der Politik festgelegten Richtwert** für die Migration zu arbeiten. Die Beratungskommission für Ausländerangelegenheiten (ACVZ) wird zu diesem Thema eine Empfehlung abgeben. Diese wird eine bedeutende Rolle bei der Entwicklung der Politik spielen.
- **Mehr Struktur bei der Arbeitsmigration:** Innerhalb der EU herrscht Personenfreizügigkeit. Daneben gibt es auch Arbeits- und Wissensmigration von außerhalb der EU. Verschiedene Unternehmen und Branchen haben hohen Bedarf an solchen Migranten. Zur Bekämpfung von Missständen im Bereich der Arbeitsmigration setzen wir die Empfehlungen aus dem Bericht der **Taskforce zum Schutz von Arbeitsmigranten** (Roemer-Kommission) um. So sollen Ausbeutung und schlechte Unterbringung von Arbeitnehmern bekämpft und unlauterer Wettbewerb und Verdrängung auf dem Arbeitsmarkt verhindert werden.
- Im Rahmen von **Vereinbarungen mit Drittstaaten** über die Rücknahme von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern schaffen wir auf der Grundlage strenger gegenseitiger Absprachen Möglichkeiten für eine gezielte Visaerteilung und eine befristete legale und zirkuläre Arbeitsmigration.

#### *Asyl*

- In den Niederlanden ist immer Platz für Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung auf der Flucht sind. Auch international übernehmen wir hier Verantwortung. Gemeinsam mit anderen europäischen Ländern werden wir weiterhin humanitäre Hilfe für Flüchtlinge unterstützen, z. B. auf den griechischen Inseln. Unser Ziel ist eine **effektive und menschenwürdige europäische Asylpolitik**. In dieser Legislaturperiode arbeiten wir an einer grundlegenden Revision des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) entsprechend dem Vorschlag der Europäischen Kommission und der Bewertung der Regierung, aber für den Fall, dass nicht schnell genug Fortschritte erzielt werden, werden wir die Arbeit mit einer Spitzengruppe von gleichgesinnten Staaten vorantreiben.
- Kommt es zu einer humanitären Krise oder zu einem bedeutend höheren Zustrom von Personen, die in den Niederlanden um Asyl nachsuchen, kooperieren wir mit gleichgesinnten Nachbarländern in den Bereichen **Grenzsicherung, Umverteilung und sonstige operative Zusammenarbeit**. Damit verfügen wir über einen Mechanismus, der es uns ermöglicht, in Krisenzeiten adäquat zu handeln.
- In der EU-Migrationspolitik streben wir **Migrationspartnerschaften mit Drittstaaten** an, die materiell die Vorgaben der Flüchtlingskonvention erfüllen, mit dem Ziel, die Migrationsströme zu steuern und Rückkehr und Rückführung möglich zu machen. Mit diesen Ländern sollen

Vereinbarungen über die Rücknahme rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber und die Bekämpfung irregulärer Migration getroffen werden; im Gegenzug sollen mit ihnen Vereinbarungen etwa in den Bereichen Handel, Hilfe, Unterstützung bei der Aufnahme und befristete legale und zirkuläre Arbeitsmigration getroffen werden. Gleichzeitig können Ländern, die nicht zur Kooperation bereit sind, Instrumente vorenthalten werden, die für sie von Bedeutung sind, beispielsweise Visa.

- Im Zuge der Bekämpfung von irregulärer Migration und Menschenhandel wollen wir den **Schutz der Außengrenzen der EU** im Rahmen internationaler Übereinkünfte **weiter verstärken**. Außerdem wird das Strafmaß für Menschen schmuggel erhöht.
- Um die **Ursachen der Migration** zu bekämpfen, verstärken wir unseren Außenhandel und die Entwicklungszusammenarbeit. Wir erhöhen unseren Beitrag zur Aufnahme von Flüchtlingen in der Region.

#### *Durchführung verbessern*

- Auf dem Papier verfügen die Niederlande über ein gutes Asylverfahren, aber in der Praxis gibt es Anlass zu Verbesserungen. Die Empfehlungen aus dem Bericht der **Kommission zu Ausländern mit Langzeitaufenthalt** (Van-Zwol-Kommission) setzen wir vollständig um. So gewährleisten wir, dass Fristen eingehalten und Anträge sorgfältig bearbeitet werden, dass sich nicht unnötig viele Verfahren aneinanderreihen und dass der Mensch im Mittelpunkt steht; außerdem wollen wir so Sabotage gegen Rückkehr und Ausreise von abgelehnten Asylbewerbern entgegenwirken. Eine der Empfehlungen dieser Kommission aufgreifend, prüft die Regierung kurzfristig und unter Einbeziehung internationaler Rechtsprechung sowie der einschlägigen Politik in unseren Nachbarländern, wie die Interessen von Kindern in Asylverfahren besser berücksichtigt werden können.
- Die **Finanzierung der Partner im Asylwesen (insbesondere der Einwanderungsbehörde IND und der Zentralstelle für die Erstaufnahme von Asylbewerbern COA) muss auf eine stabilere Grundlage gestellt** und damit zukunftsfester gemacht werden. Zu diesem Zweck werden wir strukturell 200 Mio. Euro investieren. Wir verstärken die Expertise bei der Einwanderungsbehörde in Bezug auf die Beurteilung von LSBTI-Personen und von Konvertiten und greifen dabei auch auf externen Sachverstand zurück.

#### *Unterbringung und Rückkehr*

- Asylbewerber – meist aus sicheren Ländern stammend –, die die öffentliche Ordnung stören, beeinträchtigen die Akzeptanz für die Aufnahme echter Flüchtlinge und das Leben der Anwohner, was sich auch nachteilig auf Mitarbeiter und Mitbewohner auswirkt. Deshalb ist in den vergangenen Jahren ein Paket mit strengen Maßnahmen zur Bekämpfung solcher Ordnungsstörungen geschnürt worden. Der gegenwärtige Ansatz für **Maßnahmen gegen Ordnungsstörer** in Asylbewerberzentren, Unterkünften und deren Umfeld sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln wird beibehalten und intensiviert.
- **Wer nicht von Rechts wegen in den Niederlanden bleiben darf, muss in das Herkunftsland zurückkehren.** Wir streben effektive Maßnahmen an, die darauf abzielen oder dazu beitragen, dass diejenigen, die nicht in den Niederlanden bleiben dürfen, zurückkehren bzw. das Land verlassen. Zu diesem Zweck werden wir die auf Rückkehr ausgerichtete Betreuung intensivieren, die Meldepflicht verschärfen, den Unterricht in den Familieneinheiten der Asylbewerberzentren in der Sprache des Herkunftslandes abhalten und ein flächendeckendes Netz von Unterkünften für Ausländer ohne Bleiberecht (LVV) schaffen, wobei die Unterbringung dort stets auf eine Rückkehr abzielt. Eigenständige kommunale Unterkünfte sind dann nicht mehr erforderlich und werden auch nicht mehr von der Regierung finanziert. Als Schlusspunkt eines sorgfältigen Verfahrens wird im Gesetz das Mittel der **Unerwünschterklärung** so geändert, dass es sich auch auf Asylbewerber

anwenden lässt, deren Antrag rechtskräftig abgelehnt worden ist und die das Land verlassen müssen und können, die sich ihrer Rückkehr bzw. Ausreise aber widersetzen; hiermit zielen wir besonders auf diejenigen ab, die Ordnungsstörungen verursachen.

- Nach der Implementierung der vorgenannten Rückkehrmaßnahmen erhöhen wir das **UNHCR-Kontingent** von 500 auf 900.
- Dieses erhöhte Kontingent deckt auch **Ausnahmesituationen** ab, in denen im Sinne europäischer Solidarität Anfragen an die Niederlande gerichtet werden.
- Wir setzen die Beratung des **Gesetzentwurfs zum Verfahren zur Feststellung der Staatenlosigkeit** (Parlamentsdrucksachen 35687) fort. Dabei wird geprüft, ob ergänzende Untersuchungen notwendig sind zum Umfang der Gruppe der Staatenlosen und derjenigen Personen, die sich seit langem ohne gültige Papiere in den Niederlanden aufhalten, sowie zum Umgang mit dieser Gruppe.

## Anlage: Finanzen

*Dank einer umsichtigen Haushaltspolitik hat die Regierung ausreichende Reserven, um die Coronakrise finanziell zu bewältigen. Die großen Aufgaben, die in den kommenden Jahren vor uns liegen, werden uns in finanzieller Hinsicht erneut viel abverlangen. Eine entschlossene Strategie darf aber auf längere Sicht nicht auf Kosten eines soliden Haushalts gehen. Darum verfolgt die Regierung eine sog. trendgemäße Haushaltspolitik, die sich durch Festlegung einer Ausgabenobergrenze und eine strikte Trennung der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung kennzeichnet.*

- Die Regierung strebt eine ausgewogene Politik an, die einerseits die großen gesellschaftlichen Probleme löst und andererseits eine umsichtige Fiskalpolitik verfolgt. Das bedeutet, dass wir zunächst auf ein Haushaltsdefizit zusteuern, das anschließend schnellstmöglich wieder abgebaut werden muss. Bis es so weit ist, akzeptieren wir vorübergehend eine höhere Verschuldung, damit wir gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen können. Unter Berücksichtigung externer Umstände ergibt sich daraus ein Haushaltsdefizit von 1,75 Prozent des BIP.
- Dadurch entsteht ein struktureller finanzpolitischer Spielraum in Höhe von etwa 13 Mrd. Euro, der in den kommenden 10 bis 15 Jahren vorübergehend noch höher ausfällt. Dank dieses Spielraums können große gesellschaftliche Aufgaben bewältigt werden, etwa auf dem Gebiet des Klimas, der Stickstoffproblematik und der Instandhaltungsrückstände. Denn wenn diese Probleme jetzt nicht gelöst werden, ist auf lange Sicht mit einem weiteren Kostenanstieg zu rechnen. Für die Aufgaben in Sachen Klima und Stickstoff werden Fonds mit Mitteln in Höhe von 60 Mrd. Euro eingerichtet. Für diese Fonds ist ein robuster Beschlussfassungsmechanismus mit straffer Governance etwa nach dem Vorbild des MIRT (Mehrjahresprogramm Infrastruktur, Raumordnung und Transport) und des Deltafonds erforderlich. Die Governance muss auf den folgenden Zielen und Grundsätzen basieren: Gewährleistung längerfristiger Planungssicherheit, Durchsetzungsmacht für die verantwortlichen Minister und Staatssekretäre, Überwachung der Effizienz und Effektivität durch den Finanzminister und solide parlamentarische Kontrolle.
- In der Haushaltsanlage werden die Auswirkungen des Koalitionsvertrags auf die Staatsfinanzen dargelegt. Zur Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben sind kräftige Erhöhungen der Mittel geplant. Mit Blick auf die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen geben die steigenden Gesundheitsausgaben Anlass zur Sorge. Darum wurde beschlossen, während dieser Legislaturperiode mehr Mittel unter anderem in die Pandemiebereitschaft zu investieren. Langfristig wird sich der Anstieg der Gesundheitskosten wieder abschwächen, was auf lange Sicht einen Beitrag zu einem soliden Haushalt leisten wird.
- Die bereits geltenden Haushaltsregeln werden beibehalten. Das bedeutet, dass unerwartet negative Ergebnisse innerhalb des betreffenden Budgets ausgeglichen werden und unerwartet positive Ergebnisse dem Haushaltssaldo zugutekommen. Die von der 16. Studiengruppe zur Untersuchung des Haushaltsspielraums vorgelegten Anpassungsempfehlungen werden übernommen. Dabei geht es unter anderem um die Einrichtung eines Investitionsfonds, die weitestmögliche Entkopplung von Einnahmen und Ausgaben und die Kommunikation über die jährliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben.
- Es kommt eine Formel zur Verwendung unerwartet positiver Ergebnisse zum Einsatz. Wenn die Schätzung des realen Haushaltssaldos langjährig positiver ausfällt als -1 Prozent des BIP, werden

die dadurch freiwerdenden Mittel zu jeweils 50 Prozent für Steuer- und Abgabenerleichterungen und für die Schuldentilgung verwendet. Das bedeutet, dass der finanzielle Spielraum, der dadurch entsteht, dass das Haushaltsdefizit niedriger ausfällt als erwartet, langfristig vollständig der Reduzierung der Staatsverschuldung zugutekommt. Die Beschlussfassung erfolgt im Rahmen der Hauptbeschlussfassung im Frühjahr. Dann fällt auch die Entscheidung über die Auswirkungen der Ausgabenänderungen im Gesundheitswesen und deren Folgen für die Krankenversicherungsbeiträge, wobei nicht länger der Automatismus gilt, dass sinkende Krankenversicherungsbeiträge durch einen entsprechenden Anstieg der Steuer- und Abgabenbelastung ausgeglichen werden. Hierfür ist künftig ein eigenständiger Beschluss erforderlich.

- Im Zuge der Hauptbeschlussfassung im Frühjahr wird die neue Regierung auch die Grundzüge der Einnahmenpolitik festlegen. Die Regierung wird realistische feste Ausgabenobergrenzen formulieren. Die Staatseinnahmen insgesamt entwickeln sich mit der Konjunktur, während die angestrebte Entwicklung auf der Ausgabenseite von den Rahmenbedingungen auf der Einnahmenseite abhängt. Dadurch hat der Staatshaushalt einen stabilisierenden Effekt auf die Wirtschaft.
- Wenn die tatsächliche Inflation über die im Koalitionsvertrag veranschlagte Rate ansteigt, erhöhen sich die nominalen Ausgaben über den erwarteten Wert; dasselbe gilt aber auch für die nominalen Einnahmen. Darum stellt eine höhere Inflation keine direkte Gefahr für die Gesundheit der Staatsfinanzen dar. Wenn die höhere Inflation jedoch mit einem höheren Realzins einhergeht, führt dies zu unerwartet negativen Ergebnissen. Die durchschnittliche Laufzeit der Staatsschulden von ca. 8 Jahren bietet aber einen zeitlichen Schutz davor. Und schließlich kann eine höhere Inflation zu Kaufkraftverlusten führen, jedenfalls wenn die Löhne nicht (im selben Maße) steigen. Die Koalition bezieht diese Überlegungen jedes Jahr im Rahmen der Hauptbeschlussfassung in ihre Entscheidungen über die Kaufkraftentwicklung mit ein.

## **Finanzübersicht**

Die Regierung hat sich vorgenommen, große gesellschaftliche Aufgaben auf dem Gebiet der Stickstoffemissionen, des Klimas, des Wohnungsbaus und der Instandhaltungsrückstände anzugehen. Darüber hinaus investiert die Koalition in bessere Chancen für Kinder (Kinderbetreuung und Schule), in die Existenzsicherung und in die Unterstützung der Bezieher mittlerer Einkommen. Auch zur Förderung einer starken und serviceorientierten öffentlichen Verwaltung, die den Bürger in den Mittelpunkt stellt, stellt die Koalition zusätzliche Mittel zur Verfügung, ebenso wie für die Verbesserung der Pandemiebereitschaft. Zugleich trifft die Koalition zur langfristigen Sicherung gesunder Staatsfinanzen Maßnahmen zur Dämpfung der stark steigenden Kosten im Gesundheitswesen.

Die Koalition investiert weiter in die Sicherheit, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Mit den zusätzlichen Mitteln, die für die Verteidigung bereitgestellt werden, bringen wir unsere Verteidigungsaufgaben auf das Niveau des EU-NATO-Durchschnitts. Darüber hinaus setzt die Koalition zur Finanzierung unter anderem der in diesem Koalitionsvertrag formulierten Pläne Mittel aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds ein. Die Regierung erhöht die Ausgaben zur Förderung eines gesunden Lebensstils, zur Unterstützung der Ökologisierung und zur Bekämpfung der Steuerumgehung

und führt gezielte Maßnahmen zur Entlastung insbesondere für Bezieher niedriger und mittlerer Einkommen durch.

in Mio. EUR (positive Zahlen sind saldoverschlechternd)		2022	2023	2024	2025	strukt.
<b>I. Demokratische Rechtsordnung</b>		<b>1.803</b>	<b>5.014</b>	<b>6.071</b>	<b>6.138</b>	<b>2.011</b>
a)	Funktionierender Staat	722	1.224	1.294	1.294	681
b)	Nachgeordnete Gebietskörperschaften	1.050	3.749	4.731	4.814	1.300
c)	Karibischer Teil der Niederlande	31	41	46	30	30
<b>II. Ein nachhaltiges Land</b>		<b>405</b>	<b>4.167</b>	<b>7.258</b>	<b>9.724</b>	<b>3.265</b>
d)	Stickstofffonds (25 Mrd. Euro bis 2035, davon 20 Mrd. Euro bis 2030)		700	1.300	1.500	0
e1)	Klima- und Transformationsfonds (35 Mrd. Euro bis 2030)		800	1.980	3.310	0
e2)	Sonstige Klimaausgaben		12	78	94	55
f)	Abschaffung der Vermieterabgabe		470	900	1.420	1.710
g)	Infrastruktur (einschl. Wasser)	405	2.185	3.000	3.400	1.500
<b>III. Sicherheit und starke Gesellschaft</b>		<b>220</b>	<b>640</b>	<b>960</b>	<b>1.100</b>	<b>1.000</b>
h)	Sicherheit	220	640	960	1.100	1.000
<b>IV. Existenzsicherheit und Chancengleichheit</b>		<b>2.450</b>	<b>7.069</b>	<b>9.970</b>	<b>11.713</b>	<b>12.237</b>
i)	Bildung, Kultur und Wissenschaft	2.250	2.770	4.300	4.200	3.700
j)	Ausbildungsförderung als Zuschuss (Abschaffung des Darlehenssystems)	5	590	610	180	1.000
k)	Kinderbetreuung für Erwerbstätige (Abschaffung des Zuschlagssystems)	19	59	224	1.716	2.249
l)	Erhöhung des Mindestlohns (und Vereinfachung des Wohngeldsystems)			900	1.400	1.400
m)	Senkung der Steuer- und Abgabenlast für Bezieher mittlerer Einkommen		3.000	3.000	3.000	3.000
n)	Arbeitsmarkt (einschl. Armut und Schulden)	176	650	936	1.217	888
<b>V. Ein wohlhabendes Land</b>		<b>50</b>	<b>250</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>0</b>
o)	Verstärkung der Zusammenarbeit mit Regionen	50	250	300	300	0
<b>VI. Gesundheit</b>		<b>785</b>	<b>1.495</b>	<b>1.226</b>	<b>42</b>	<b>-4.519</b>
p1)	Gesundheitswesen	545	1.195	866	-268	-4.819
p2)	Verbesserung der Pandemiebereitschaft	240	300	360	310	300
<b>VII. Internationales</b>		<b>821</b>	<b>2.233</b>	<b>4.444</b>	<b>4.756</b>	<b>3.556</b>
q)	Verteidigung	500	1.900	4.100	4.200	3.000
r)	Entwicklungszusammenarbeit und Internationales	321	333	344	556	556
<b>Sonstiges</b>		<b>8</b>	<b>-3.595</b>	<b>-3.970</b>	<b>-4.241</b>	<b>-4.240</b>
s)	Mittel aus Europäischem Wiederaufbaufonds (Aufbau- und Resilienzfazilität)		-1.500	-1.500	-1.500	0
t)	Aufwendungen	8	-2.095	-2.470	-2.741	-4.240
<b>Insgesamt</b>		<b>6.541</b>	<b>17.273</b>	<b>26.259</b>	<b>29.532</b>	<b>13.310</b>
Haushaltsdefizit <sup>1</sup>		-3,2 %	-2,3 %	-2,4 %	-2,5 %	
Schuldenstandsquote		58,6 %	59,0 %	59,6 %	60,4 %	
Angestrebtes Haushaltsdefizit <sup>2</sup>						-1,75 %

<sup>1</sup> Für die kommende Legislaturperiode wird ein Einnahmeneffekt im Umfang von 42 % zugrunde gelegt.

<sup>2</sup> Bei einem Haushaltsdefizit von -1,75 % stabilisiert sich die Schuldenstandsquote bei 60 % des BIP. Dies basiert auf der Annahme eines Zinssatzes von 0 % und eines nominalen Wachstums des BIP von 3 %.

## Erläuterung

In der folgenden Tabelle sind die Mittel aufgeschlüsselt, die die Regierung zur Umsetzung der im Koalitionsvertrag niedergelegten Klimaschutzmaßnahmen bereitstellt. Bei den angegebenen CO<sub>2</sub>-Effekten handelt es sich um erste Schätzungen; genaue Berechnungen durch das Planungsamt für Raum, Natur und Umwelt (PBL) stehen noch aus.

Die Werte in der Tabelle sind als Bandbreiten der möglichen Effekte zu verstehen und die Maßnahmen müssen noch weiter konkretisiert werden. Das Planungsamt für Raum, Natur und Umwelt muss das Paket der Klimamaßnahmen in ihrem Zusammenhang durchrechnen, bevor die CO<sub>2</sub>-Auswirkungen insgesamt zuverlässig eingeschätzt werden können. Die Ausgaben und Aufwendungen für die anderen Prioritäten der neuen Regierung – Stickstoff, Infrastruktur, Bildungswesen, Sicherheit und Verteidigung – sind detailliert im ausführlichen Finanzanhang beschrieben.

Auch bei den für die verschiedenen Bereiche genannten Summen handelt es sich um Schätzungen. Es wird Aufgabe der Regierung sein, ein integriertes Maßnahmenpaket vorzulegen, das eine ausreichende Reduktion gewährleistet, Verlagerungseffekten entgegenwirkt und der Durchführbarkeit und Kosteneffizienz der Maßnahmen sowie der Wertschöpfungsfähigkeit der Niederlande Rechnung trägt.

Maßnahme		Mt (Bandbreite niedrig/hoch) (Schätzung für 2030) <sup>3</sup>	2022	2023	2024	2025	strukt.	kumul. (2030)
<b>Elektrizitätsbranche</b>		<b>0,5</b>	<b>2,0</b>		<b>100</b>	<b>300</b>	<b>400</b>	<b>0</b>
<i>Ausgaben</i>								
1.	Beihilferegelung CO <sub>2</sub> -freie Gaskraftwerke (Fonds)	0,5	2,0		50	100	150	0
2.	Bau von Kernkraftwerken (insg. 5 Mrd. €) (Fonds)				50	200	250	0
<b>Industrie</b>		<b>5</b>	<b>6</b>		<b>-26</b>	<b>-61</b>	<b>-138</b>	<b>-128</b>
<i>Ausgaben</i>								
3.	Kontrolle und Durchsetzung der Energiesparverpflichtung	0,1	0,5		0	0	0	14
4.	Programm zur Recyclingförderung	0,1	0,1		7	8	9	7
5a)	Pflichtanteil Recyclingmaterial in Baustoffen	0,15	0,3		3	4	4	3
5b)	Kreislaufwirtschaftsprojekte	0,01	0,01		2	2	2	2
6.	CO <sub>2</sub> -Sequestrierung	0	0		0	0	0	0
<i>Einnahmen</i>								
7.	Verschärfung der CO <sub>2</sub> -Abgaben-Regelung für die Industrie	4,0	4,0		0	0	0	0
7a)	Steigender CO <sub>2</sub> -Preis (Mindestpreis mit Erhalt der Freigrenze)	0,0	0,0		0	0	0	0
8a)	Tarifstruktur Energiesteuer (»Fit für 55«, Gas und Strom)	0,5	0,5		-250	-500	-500	-500
8b)	Senkung des Energiewendezuschlags für Strom in der 2. und 3. Progressionsstufe	0,0	0,0		288	500	500	500
8c)	Maßnahmen gemäß Antrag der Abgeordneten Hermans (75 Mio. €)	0,0	0,0		-75	-75	-75	-75
9.	Abschaffung der Energiesteuerbefreiung für mineralogische und metallurgische Verfahren	0,1	0,5				-78	-79

<sup>3</sup> Die CO<sub>2</sub>-Einspareffekte einzelner Maßnahmen können nicht einfach addiert werden, unter anderem aufgrund ihrer gegenseitigen Wechselwirkungen. Das Planungsamt für Raum, Natur und Umwelt (PBL) muss die Maßnahmen in ihrem gegenseitigen Zusammenhang durchrechnen, bevor die CO<sub>2</sub>-Auswirkungen insgesamt zuverlässig eingeschätzt werden können.

<b>Bebauung</b>		<b>7</b>	<b>7</b>		<b>247</b>	<b>635</b>	<b>1.254</b>	<b>637</b>	<b>11.120</b>
<i>Ausgaben</i>									
10.	Förderung Hybrid-Wärmepumpen (150.000 €/Jahr) <b>(Fonds)</b>	0,9	0,9		0	0	150	0	900
11.	Nationales Wärmedämmprogramm <b>(Fonds)</b>	0	0		0	180	360	0	3.350
12.	Schnellere Realisierung der Dämmnormen für Mietwohnungen (Kopplung an Abschaffung der Vermieterabgabe)	1,0	1,0		0	0	0	0	0
13.	Nachhaltigkeitsmaßnahmen an öffentlichen Immobilien <b>(Fonds)</b>	1,0	1,0		0	100	330	0	2.750
14.	Energieeffizienzanforderungen für Industrieneubauten	0,1	0,1		0	50	50	0	500
<i>Einnahmen</i>									
15.	Änderung Energieabgabe 1. Progressionsstufe (Strom)	1,3	1,3		247	305	364	637	3.620
15a)	davon 1. Progressionsstufe für Gas (+5,23 ct)				-227	-275	-320	-493	-3.043
15b)	davon 1. Progressionsstufe für Strom (-5,23 ct)				474	580	684	1.130	6.663
16a)	Beimischpflicht für grünes Gas (20 %)	2,88	2,9		0	0	0	0	0
16b)	Ausgleich für Energierechnung grünes Gas	0	0		225	225	225	225	1.800
16c)	Maßnahmen gemäß Antrag der Abgeordneten Hermans (225 Mio. €)	0	0		-225	-225	-225	-225	-1.800
<b>Landwirtschaft und Landnutzung</b>		<b>6</b>	<b>6</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-145</b>	<b>-133</b>	<b>-836</b>
<i>Ausgaben</i>									
17	Stickstoffmaßnahmen (Kosten anderweitig erfasst)	5,0	5,0		0	0	0	0	0
<i>Einnahmen</i>									
18a)	darunter Begrenzung der Einspeisungsfreistellung für Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen	1,0	1,0				-100	-100	-600
18b)	darunter Abschaffung des ermäßigten Tarifs für den Unterglasgartenbau						-45	-33	-236
<b>Mobilität</b>		<b>3</b>	<b>4</b>		<b>-400</b>	<b>-603</b>	<b>-722</b>	<b>-512</b>	<b>-5.097</b>
<i>Ausgaben</i>									
19	Ökologisierung des Personenverkehrs und nachhaltiges Reiseverhalten	0,3	0,5			14	29	29	265
<i>Einnahmen</i>									
20	davon Straßenbenutzungsgebühr (abh. vom Kilometerstand) für alle Fahrzeuge (Elektro- und Verbrennungsmotoren)	2,5	2,5					0	0
21	Schrittweise Abschaffung der Befreiung von Lieferwagen von der Umsatz- und Einfuhrsteuer für Pkw und Krafträder (BPM)	0,7	0,7			-217	-351	-141	-2162
22	Erhöhung des steuerfreien Fahrtkostenzuschusses (Entwicklung im Einklang mit Aufwendungen)	-0,2	-0,2						
23	Erhöhung der Luftverkehrssteuer (Sparauflage 400 Mio. €)	0	0		-400	-400	-400	-400	-3200
<b>Infrastruktur, Innovation und spezifische Maßnahmen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>		<b>750</b>	<b>1.450</b>	<b>2.150</b>	<b>80</b>	<b>22.580</b>
<i>Ausgaben</i>									
24	22 Mrd. € für 1. Startbeihilfen für Hochskalierung; 2. Investitionen in Infrastruktur (Wasserstoff, Wärme, Stromtankstellen usw.); 3. Verbindliche spezifische Vereinbarungen mit der Industrie (grüne Industriepolitik) einschl. Innovationsförderung im KMU-Sektor <b>(Fonds)</b>				700	1.400	2.070	0	22.000
<i>Einnahmen</i>									
25	Erhöhung der Mittel für den Steuerabzug für Energiesparinvestitionen (EIA)	0,2	0,2		50	50	50	50	400
26	Erhöhung der Mittel für den Steuerabzug und die willkürliche Abschreibung bei Umweltinvestitionen (MIA/Vamil)	0,3	0,3				30	30	180
<b>Sonstiges</b>		<b>3,0</b>	<b>6,0</b>		<b>300</b>	<b>500</b>	<b>800</b>	<b>0</b>	<b>5.600</b>
27	Auswirkungen »Fit für 55« (EU)	1,0	2,0						
28	Auswirkungen des nationalen Klimapakts und der August-Beschlussfassung	2,0	4,0						
29	Durchführungskosten nachgeordnete Gebietskörperschaften und Planungsämter				300	500	800		5.600
30	Abschaffung der Kopplung zwischen der Regelung zur Finanzierung erneuerbarer Energien (SDE) und dem Energiewendezuschlag (ODE)	0,0	0,0		0	0	0	0	0
<b>Insgesamt</b>		<b>25,4</b>	<b>31,0</b>		<b>971</b>	<b>2.221</b>	<b>3.599</b>	<b>-56</b>	<b>38.504</b>